

Tarantel

Nr. 73

Juni
II/2016

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.



Sozial-ökologischer Umbau – aber wie?

Wirtschaft: BGE oder ÖGE?

Jeremy Rifkin und DIE LINKE

Kohleprotest in der Lausitz

Klimaflucht

Bücherecke

Ende Mai/Anfang Juni sind schwere Unwetter über Deutschland niedergegangen. In Niederbayern hat ein Starkregen nicht nur Verwüstungen mit milliardenschäden angerichtet, auch Tote sind zu beklagen. Am Niederrhein musste wegen Überschwemmungen Katastrophenalarm ausgelöst werden. Das von Augenzeugen am häufigsten verwendete Wort ist: „Unglaublich.“ Doch wir sollten es glauben. Schon vor 25 Jahren haben Meteorologen gewarnt, dass bei steigenden mittleren Temperaturen der Erdatmosphäre Unwetterhäufigkeit und -stärke infolge des höheren Energiegehaltes der Luft zunehmen werden. Damals wurde noch diskutiert, ob ein Klimawandel stattfindet, heute hat der Begriff einen festen Platz in unserem Sprachgebrauch – ohne dass sich die meisten Menschen über die Auswirkungen der Erderhitzung Gedanken machen. Noch weniger sehen die Notwendigkeit, das eigene Denken und Handeln zu überprüfen. Das, was für Millionen Menschen auf der Erde eine ernste Bedrohung bis hin zur Lebensgefahr darstellt, ist zu einer Worthülse verkommen.

Beispiele dafür finden Sie im vorliegenden Heft: Die LINKE spricht vom „sozial-ökologischen Umbau“ der Gesellschaft, doch unser Antrag an den Parteitag¹, bis 2018 die Umweltpolitik als einen eigenständigen Parteitag-Tagesordnungspunkt festzulegen (S. 3), wurde in Magdeburg nicht behandelt (S. 4), sondern an den Vorstand überwiesen. Bei der ersten Sitzung des neuen Vorstandes wurde er ebenfalls nicht behandelt; möglicherweise kommt er auf die Tagesordnung der Klausurberatung. Bei dieser Beratung will sich der PV mit seiner Schwerpunktsetzung für die nächsten zwei Jahre befassen und sich festlegen. Ein weiteres Beispiel ist die Reaktion der Lausitzer LINKEN auf die Anti-Braunkohle-Proteste zu Pfingsten (S. 18).

Doch Beispiele, die Mut machen, überwiegen: Vor allem junge Leute haben in der Lausitz gegen den weiteren Kohleabbau protestiert (S. 14) und nicht alle LINKEN distanzieren sich davon (S. 16). Ein Berliner Selbsthilfeprojekt zeigt, wie soziale Kontakte und Engagement mit ökologischem Handeln verbunden werden (S. 5). Die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens kann und sollte um eine ökologische Dimension zum Ökologischen Grundeinkommen weiter entwickelt werden (S. 8). Last but not least eröffnet die Produktivkräfteentwicklung völlig neue Möglichkeiten einer dezentralen, ökologisch(er)en Produktion (S. 9).

Im Interview mit Malte Daniljuk (S. 19) wird unter anderem der Zusammenhang zwischen Energie-, Sicherheits- und Klimapolitik deutlich und Katja Kipping zeigt, wie sich der Klimawandel in der Zukunft auf die Flüchtlingsströme auswirkt (S. 25). Obwohl die Zusammenhänge bekannt sind, gelingt es der LINKEN bisher nicht, daraus umfassende Lösungsansätze zu entwickeln. Genau das ist aber erforderlich – wie das Gespräch mit Stephan Krull von der BAG Betrieb & Gewerkschaft (S. 5) und die Brandenburger LINKE in Fragen der Energiepolitik (S. 18) zeigt.

Wie immer stellen wir interessante Bücher vor. Möglicherweise ist Ihnen bereits die bisher nicht sehr übliche Wortwahl „Erderhitzung“ aufgefallen – ein erstes Ergebnis des „Politischen Framing“ (S. 31). Brisant sind auch die Aussagen zu „Kritischen Metallen“ (S. 32): Wenn diese Metalle zu Ende gehen, hat das auch Auswirkungen auf die Entwicklung der Produktivkräfte (s.o.).

Wie kann also die Menschheit ökologisch befreit werden? Lesen Sie „Monsieur le Capital und Madame la Terre....“ (S. 29).

Insgesamt haben wir ein Heft zusammengestellt, von dem wir hoffen, dass es Ihnen viele Anregungen liefert. Dass es etwas dicker geworden ist, wird Sie in der Ferienzeit sicherlich nicht stören.

Die Redaktion

¹ <http://www.oekologische-plattform.de/?p=133326>

Zur Arbeit der Plattform seit dem Bundestreffen 2015 in Wittenberg

Manfred Wolf

Im zurückliegenden Jahr war der Sprecherrat weiterhin bemüht, die Arbeit der Plattform in ihrer Gesamtheit qualitativer zu gestalten. Nach wie vor ist es unser Anliegen, wie in der Gründungserklärung der Plattform zum Ausdruck gebracht, dazu beizutragen, dass die Partei ihre Aufgaben in der Umweltpolitik, d.h. für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, umfassend wahrnimmt.

Wir wollen deshalb in dieser Richtung einen Impuls geben und haben einen Antrag an die 1. Sitzung des 5. Parteitages eingereicht, um dort einen Beschluss zu erwirken, in die Tagesordnung einer nächsten Sitzung dieses Parteitages einen besonderen Punkt zur ökologischen Politik der LINKEN aufzunehmen. Wir hoffen, dass das möglich sein wird, zumal wir mit diesem Antrag kein Neuland betreten. Ebenso wie bei der im Vorjahr durchgeführten Zukunftskonferenz der Partei haben wir auch für die Konzeption zur Friedenskonferenz unsere Vorstellungen eingereicht, womit wir erreichen wollten, dass der enge Zusammenhang zwischen Rüstung, Krieg und Umweltzerstörung für alle Teilnehmer, d.h. auf einer Plenartagung durch ein Referat für alle deutlich gemacht wird, dass die umweltzerstörende Wirtschafts- und Lebensweise in den Industrieländern de facto Krieg gegen die ganze Menschheit bedeutet. Unsere Bemühungen haben leider am Ende wieder nichts gebracht.

Der größte, nicht nur von uns kritisierte Mangel war, dass es keine Plenartagung gab, auf der für alle Teilnehmer die grundsätzlichen Fragen angesprochen werden konnten. Stattdessen zerbröselte sich die Konferenz in insgesamt vier Podiumsdiskussionen und 19 Workshops. Lediglich in einem Workshop konnte unser Anliegen, allerdings kaum noch erkennbar, vermutet werden, der dann allerdings auch noch auf ganzer Linie enttäuschte. Unsere Meinung dazu haben wir in einem Brief an den Parteivorstand deutlich gemacht.

Auf dem Bundestreffen in Mannheim am 16.4.2016 konnte erneut festgestellt werden, dass mit einigen unserer öffentlich wirksamen Aktivitäten wie die Herausgabe der Tarantel, der Internetauftritt, die Publizierung unserer Positionen in Faltblättern und Broschüren bereits seit Jahren eine gute Qualität erreicht ist.

Auf Anregung des Bundestreffens in Wittenberg waren wir auch bestrebt, Sitzungen unseres Koordinierungsrates stärker für ökologiepolitische Debatten und dementsprechende Entscheidungen für unsere Arbeit zu nutzen. Als neue Beispiele für Bemühungen um gute Qualität unserer Aktionen können die Sitzung des Ko-Rates im September und die Konferenz „Kapitalismus zerstört Mensch und Natur“ im November angeführt werden. Auf der Ko-Rats-Sitzung im September wurde auf der Grundlage zweier interessanter Materialien – Thesen der „Initiative Ökosozialismus“ zum Thema „Ökosozialismus oder Barbarei“ sowie einer Broschüre von Hansjürgen Schulze von der Ökologischen Plattform in SH „Was ist grüner Sozialismus“ eine wichtige Debatte, auch im Lichte von Aussagen des Erfurter Parteiprogramms von 2011 geführt.

Zur Konferenz im November konnten wir auf ökologischem Gebiet so gestandene Persönlichkeiten wie Prof. Elmar Altvater, Dr. Christopher Reyer vom Klimafolgen-Forschungsinstitut in Potsdam, Eva Bulling-Schröter und Björn Schering, Mitarbeiter in der Bundestagsfraktion begrüßen. Über beide Aktionen, Ko-Ratssitzung und Konferenz, wurde ausführlich in den Tarantelausgaben Nr. 70 und 71 berichtet.

Da in Mannheim satzungsgemäß wieder die Wahl von Sprecherrat und Koordinierungsrat durchgeführt und beiden Gremien erneut das Vertrauen ausgesprochen wurde, sollen hier auch ein paar Worte zur Arbeit des Sprecherrates gesagt werden. Diese Arbeit beschäftigt jede Mitstreiterin, jeden Mitstreiter im Sprecherrat täglich und verlangt vollen Einsatz. Es war deshalb durchaus angebracht, dass den Mitgliedern im Bericht in Mannheim für Ihre Arbeit ausdrücklich gedankt wurde. Besonders gewürdigt wurde dabei die Arbeit von Alexandra und Wolfgang Borchardt sowie Götz Brandt.

Wichtiger Bestandteil der Arbeit der Plattform soll die in den Landesgruppen sein. Sie haben in den Landesverbänden der Partei die Aufgabe, die Vorstände und Fraktionen in ihrer ökologischen Politik zu unterstützen. Da es in der Plattform kein Berichtswesen gibt, kann an dieser Stelle nicht über die Arbeit der Landesgruppen berichtet werden. Auf dem Treffen in Mannheim wurden aber die guten Beispiele der Gruppen in Brandenburg und Baden-Württemberg angeführt, die zeigen, dass es mit der Information einfach gehen kann, da sie den Sprecherrat in ihren Rundmail-Verteiler aufgenommen haben. So wissen wir, dass beide Landesgruppen kürzlich interessante Tagungen durchführten. Wenn sich alle Landesgruppen auf diese Weise noch gegenseitig vernetzen, könnte ein zusätzlicher Effekt des Erfahrungsaustausches erreicht werden.

Zur Information schließlich auch noch, dass unsere Delegiertenwahl zum nächsten Parteitag abgeschlossen ist und die bisherigen Delegierten Gesine Költch und Johanna Scheringer-Wright wieder gewählt wurden. Petra Beck wurde inzwischen auch von den Zusammenschlüssen erneut als Vertreterin für den Bundesausschuss der Partei bestätigt.

Bericht über den Parteitag

Dr. Johanna Scheringer-Wright, Delegierte der ÖPF

Am 28. und 29. Mai 2016 fand in Magdeburg die 1. Tagung des 5. Parteitages der Partei DIE LINKE statt

Ein Schwerpunkt des Parteitages war die Behandlung der drei vom Parteivorstand eingebrachten Anträge »Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck«, »Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!« und der Antrag »Für Frieden und eine gerechte Weltordnung – Linke Alternativen zum »Krieg gegen den Terror« und zur Militarisierung der deutschen Außenpolitik.« Alle drei Anträge wurden nach ausführlichen Debatten angenommen.

Der andere Schwerpunkt war die Wahl des neuen Parteivorstands. Die Ergebnisse sind inzwischen bekannt. Gratuliert sei allen gewählten Genossinnen und Genossen. Durch einige der neu in den Parteivorstand gewählten GenossInnen, wie Sabine Leidig, die sich insbesondere für den sozial-ökologischen Umbau einsetzen will, Jan van Aken, Außenpolitiker, der früher jedoch als Gentechnik-Campaigner bei Greenpeace war und Raul Zelik, der bewegungsorientiert ist, und durch meine Wiederwahl sollte das ökologische Profil im Parteivorstand gestärkt werden.

Wenngleich nicht alle Delegierten, die sich zur Diskussion gemeldet hatten, auch die Möglichkeit erhielten, zu sprechen, kann doch im Vergleich zum Bielefelder Parteitag gesagt werden, dass den Delegierten wesentlich mehr Zeit eingeräumt wurde, sich zu äußern.

Trotzdem waren aufgrund des inadäquaten Zeitplanes und dazu noch unvorhergesehener Ereignisse (Tortwurf auf Sahra Wagenknecht) die Zeit zu knapp, um die weiteren Anträge zu beraten. Auch die schlechten Ergebnisse aus den kurz vorher stattgefundenen Landtagswahlen wurden nicht gründlich analysiert und bewertet. Was tut unsere Partei dafür, dass die Menschen uns nicht als Teil des Establishments empfinden, als Regierungspartei im Wartestand? Wie können wir als überzeugende, konsequente soziale und ökologische Opposition wahrgenommen werden? Dazu gab es zu wenig Raum und Zeit.

Gut 20 Anträge wurden in den Parteivorstand überwiesen.

Darunter war auch der Antrag der ökologischen Plattform „Um die Wortschöpfung ‚sozial-ökologi-



schers Umbau‘ auch auf ökologischen Gebiet mit Inhalt zu erfüllen, wird auf einem der nächsten Parteitage bis spätestens 2018 ein besonderer Tagesordnungspunkt mit dem Ziel vorbereitet,

- ▶ den allgemein bedrohlichen Zustand der Umwelt und die Auswirkungen auf das Leben auf der Erde zu analysieren
- ▶ Möglichkeiten zu untersuchen, wie die globale ökologische Katastrophe verhindert werden kann und
- ▶ Weitere Schritte einer ökologischen und sozialen Politik DER LINKEN in Deutschland und der EU festzulegen."

Dieser Antrag steht im Parteivorstand zur Verhandlung an, wahrscheinlich wird dies auf der Klausursitzung des Parteivorstandes am 2. und 3. Juli 2016 in Rostock geschehen. Der letzte Parteivorstand hatte es mehrheitlich abgelehnt, sich eine Schwerpunktsetzung für Parteitage auf die Tagesordnung setzen zu lassen. Ich bin der Meinung, dass es dem neuen Parteivorstand gut zu Gesicht stehen würde, Anregungen aus der Mitgliedschaft und aus einer aktiven Arbeitsgemeinschaft anzunehmen. Damit dies aber im Parteivorstand auch von anderen so gesehen wird, sollten unsere Leserinnen und Leser, sofern sie dem Antrag zustimmen, dies auch ihren Parteivorstandsmitgliedern mitteilen. Abschließend möchte ich mich auch hier für meine Wiederwahl bedanken.

Leila – was soll das denn?

Hartmut Noack

Seit nun schon drei Jahren geht es fünf mal in der Woche nachmittags ins Nachbarschaftshaus Fehrbelliner Straße 92 (Berlin-Prenzlauer Berg) in der Kelleretage wie im Taubenschlag zu. Viele Bewohner aus Berlin und Gäste bringen seit Jahren ihre nicht mehr benötigten Dinge des Alltags vorbei. So gingen schon viele Spielsachen, Bekleidung, Schulsachen, Geschirr, Bücher und Stoffe ohne die Vermittlerrolle des Geldes von einer Hand in die andere. Die vielen großen und kleinen Kunden schätzen auch das offene Klima bei "Leila" und, dass sich die Ladenakteure Zeit für ihre Anliegen nehmen.

Durch Leila leisten alle Akteure einen Beitrag zur Nachhaltigkeit einer sich in Berlin und Europa herausbildenden Wirtschafts- und Lebensweise. „Kaufen war gestern, tauschen und teilen ist heute“. Den täglichen Überkonsum dieser Gesellschaft zu begegnen, andere Wege zu eröffnen als mit kaufen und wegwerfen, das verändert das Bewusstsein und setzt dem „Terror der Warenökonomie“ (W. F. Haug) andere Arbeits- und Le-

bensweisen erfolgreich entgegen. Was Leila wie so viele Projekte einer anderen Ökonomie auszeichnet, ist die Unterstützung kreativer Ideen wie Flüchtlingsarbeit in Berlin, Lebensberatung für Ratsuchende, flotte Fahrräder für alle (Kleinstreparaturen) und vieler mehr. Die Hoffnung hat uns also 2015/2016 nicht verlassen. Wir erfahren durch die ökologisch-alternative Presse (Rabe Ralf, contraste u.s.w.), dass sich immer mehr Menschen auf den Weg machen, einer rein konsumorientierten Marktwirtschaft die blinde Gefolgschaft zu kündigen. Es ist schon schlimm, wenn die Erde am 13.8. dieses Jahres ein Mal in ihrer Substanz verbraucht ist und die uns umgebende Gesellschaft das mit Elektroautos lösen will und zaghafter Dekarbonisierung.

Wer also Interesse hat, uns in unserem sozial-ökologischen Projekt zu unterstützen und Ideen einzubringen oder im Wohnumfeld selbst die Idee eines Umsonstladens zu versuchen, ist uns jederzeit willkommen.

Gespräch am Rande des Parteitages

mit Stephan Krull

Bist du glücklich oder was fehlt dir?

Ich persönlich bin durchaus glücklich. Zum vollständigen Glück fehlt mir das Glück anderer. Was mich betrübt, ist das Unglück vieler anderer Menschen. Ich persönlich habe keine existenziellen Sorgen. Ich bin inzwischen nicht mehr erwerbstätig und daher bin ich persönlich in einer sehr angenehmen Situation.

Das kann ich verstehen. Und was wäre der Ansatz, um das Unglück oder unvollkommene Glück der anderen zu überwinden?

Auf der gesellschaftlichen Ebene führt das kapitalistische System zur Spaltung der Gesellschaft, zur Verarmung großer Teile der Gesellschaft, zur Entwürdigung vieler Menschen. Das ist unerträglich. Die andere, die persönliche Ebene von Vielen ist, dass sie durch dieses System kaputt gemacht worden sind und durch dieses System leiden.

Ich hätte vermutet, dass du auch die unwürdigen Arbeitsbedingungen nennst, die es ja zum großen Teil gibt.

Ja, Arbeit macht krank, das stimmt, aber nicht uneingeschränkt. Es gibt gute Arbeitsbedingungen und es gibt schlechte. Schlechte Arbeitsbedingungen, überlange und ungünstige Arbeitszeiten in der Nacht, das macht krank und gehört auf jeden Fall dazu.

Als ich noch gearbeitet habe, habe ich das plakativ auf den Punkt gebracht: "Wer Arbeit hat, hat zu viel; wer keine hat, hat zu wenig." Dazu kommen Arbeitshetze und Missachtung durch Vorgesetzte, die eine Rolle spielen. Deshalb habe ich nachgefragt.

Ja, es gibt die unterschiedlichsten Ebenen; ich habe zunächst über das kapitalistische System gesprochen. Bei der persönlichen gehört die Arbeitsebene auf jeden Fall dazu und natürlich Gesundheit und soziales Umfeld.

Wir diskutieren ja häufig, dass dieses System nicht nur sozial ungerecht ist, sondern auch ökologisch gefährlich. Was sagt Ihr als AG Betrieb und Gewerkschaft speziell dazu?

Da sind wir so systemkritisch, wie das sein muss für LINKE allgemein. Die Art und Weise der Produktion im Kapitalismus ist Raub an der Natur, den Menschen eingeschlossen, aber auch an Flora und Fauna. Das gehört abgeschafft. Wir leben in einer Zeit, in der das aufgrund der technologischen Entwicklung und der Produktivität durchaus möglich ist. Ich selbst war Betriebsrat bei Volkswagen, also da, wo mit Abgasmessungen betrogen wurde, wo also nicht mal die kapitalistischen Regeln eingehalten werden, um die Umwelt zu schützen. Unsere Position ist natürlich, dass solche Verhältnisse abgeschafft gehören. Es wird viel zu viel Müll produziert. Da kannst du beim Auto anfangen, das in einer Menge produziert wird, die völlig unerträglich ist und wodurch immer auch verhindert wird, dass öffentlicher Verkehr auch überhaupt stattfinden kann, sowohl im Fern- als auch im Nahverkehr. Es wird viel zu viel Müll produziert in der Werbung. Wir werden überschüttet mit irgendwelchen Werbetexten, die einfach weggeschmissen werden und in vielen anderen Bereichen auch. Es wird auf Verschleiß produziert, der Verschleiß wird in die Produkte eingebaut, um die nächste Profitwelle mitnehmen zu können, und das ist alles etwas, das unsere Zustimmung nicht findet. Die Brücke zwischen denen, die in den Betrieben ihren Lebensunterhalt verdienen müssen und denen, die sich für ökologische Belange engagieren, ist sehr groß und breit und da gibt es gar nicht so große Widersprüche.

So gesehen hast du Recht. Andererseits hatten wir bei der Zukunftskonferenz eine Diskussion über Wachstum und da hat Ralf Krämer gesagt, dass wir Wachstum benötigen, um die sozialen Probleme zu lösen. Das Wachstum gefährdet aber ökologische Fortschritte. Diese Frage haben wir bisher niemals ausdiskutiert.

Das ist eine Frage, was man als Wachstum definiert. Man kann ja unterscheiden zwischen qualitativem Wachstum und quantitativem. Du wirst mir sicher zustimmen, wenn ich sage: "Wir brauchen Wachstum im Bildungsbereich, im Gesund-

heitswesen, im ökologischen Bereich, also z.B. in der Energiewende." Es gibt also eine Reihe von Bereichen, in denen wir Wachstum dringend benötigen und andere, in denen wir kein Wachstum brauchen, in denen es schädlich ist. Ich glaube, so differenziert muss man herangehen. Es kommt noch eine weitere schwierige Frage dazu: "Sind wir, sind die Menschen in unserem Land, in Europa, in Nordamerika und Teilen Südostasiens bereit, von dem Wohlstand, der uns vergönnt ist, Abstriche zu machen?" Wir wissen, dass wir auf Kosten der Dritten Welt leben und dass Wachstum in der Form, in der es jetzt stattfindet, schädlich ist. Aber davon Abstand zu nehmen, erfordert auch, dass wir unser Konsumverhalten ändern. Dazu gibt es eine akzeptable Lösung: "Weniger ist mehr." und "Zeitwohlstand statt Haben, Haben, Haben". Aber das muss massenwirksam sein, sonst wird es nicht funktionieren.

Das ist genau unser Ansatz. Zum qualitativen Wachstum oder den einzelnen Sektoren, in denen Wachstum stattfinden soll oder nicht darf und den einzelnen Sektoren des Wachstums: Wenn von Wachstum allgemein die Rede ist, meint man in aller Regel das Bruttoinlandsprodukt und das ist die Summe aller Sektoren. Und dazu hast du gesagt, wir müssen uns einschränken und reduzieren. Das stellt nicht in Frage, dass in einzelnen Sektoren, die für den sozial-ökologischen Umbau nötig sind, auch Wachstum erforderlich ist. Wenn das BIP insgesamt sinken muss, heißt das aber, dass die anderen Sektoren zum Teil völlig zurückgefahren werden müssen. Was ist dann die Konsequenz? Zum anderen hast du völlig Recht, dass Länder, auf deren Kosten wir in der Vergangenheit gelebt haben und zum Teil noch leben, diesem Entwicklungspfad folgen. Die Frage ist daher: Wo finden wir den Ansatz des Umschaltens?

Das ist ungeheuer schwer, und ich bin mir nicht sicher, dass es gelingen wird. Ich will ein Beispiel nennen. Wie gesagt, ich war Betriebsrat bei Volkswagen, das ist ein Teil der Metallindustrie. Ich bin also Mitglied der IG Metall, habe an Gewerkschaftstagen teilgenommen und viele Debatten auch verfolgt und auf dem letzten Gewerkschaftstag wurde beispielsweise eine Debatte geführt über die Rüstungsindustrie. Wir beide sind uns wahrscheinlich ganz schnell einig,

dass Rüstung etwas Verwerfliches ist, was wir nicht brauchen. Das war in der IG Metall auch lange Konsens und es wurde gesagt: Wir müssen die Rüstungskonversion einleiten usw. usf., also etwas Anderes produzieren als Panzer, Raketen, Pistolen oder anderes Kriegsgerät. Auf dem jüngsten Gewerkschaftstag ist die Diskussion aber anders gelaufen. Da wurde gesagt: Alles richtig. Wir brauchen Konversion, aber wir reden darüber schon fünfzig Jahre und es ist uns nicht gelungen, wir wollen jetzt nicht mehr darüber reden und vor allem unsere Kollegen bei Heckler und Koch, Rheinmetall und wo sonst noch Rüstung produziert wird müssen das auch nachvollziehen können. Wenn ihnen gesagt wird: Wir wollen eure Produkte nicht mehr, dann müssen wir ihnen vorher sagen, was sie denn stattdessen machen, wovon sie ihren Lebensunterhalt finanzieren, ihr Häuschen finanzieren, wovon ihre Familie leben soll ...

Das Gleiche bei der Braunkohle

Ja, richtig. Das ist auch ein berechtigter Anspruch, zunächst einmal. Man darf nur nicht dabei stehen bleiben. Ich finde es völlig berechtigt, zu sagen: Wenn das, was ich herstelle, schlecht ist und ich soll das nicht mehr tun, dann sag du mir bitte, was ich danach tun kann und wer mir dafür so viel Geld gibt, dass ich davon gut leben kann, denn ich will gut leben. Und ich finde, darauf hat jeder einen Anspruch. Es reicht nicht, zu sagen: "Es ist Mist, was du machst – sei es Braunkohle oder Panzer – und hör auf damit." Ohne anzugeben, was sie dann machen sollen, ist das aussichtslos. Deshalb ist die eigentliche Fragestellung so ungeheuer schwierig. In der Automobilindustrie verändert sich zur Zeit ganz viel. Mit dem Abgasskandal ist in eine Blase gestochen worden. SO geht es nicht weiter. Das ist eigentlich ganz klar. Ich persönlich bin gerade dabei, mit vielen anderen zu schauen, ob wir dafür nicht auch Alternativen entwickeln können, die dann für die Kollegen akzeptabel sind. Ganz andere Produkte, als es bisher der Fall ist. Aber das ist sehr, sehr schwierig, ungeheuer komplex. Das sind ethische Fragen, technische, juristische, po-



litische Fragen, ökonomische, ökologische Fragen. Und man muss alle diese Fragen zusammen stellen und versuchen zu beantworten. Eine Verinselung, einfach zu sagen, es ist nur ein ökologisches Problem oder es ist nur ein juristisches Problem – das hilft uns nicht weiter. Es geht ja auch um Eigentumsverhältnisse.

Genau, diese Fragen muss man dann aber auch stellen.

Ja, aber "unterhalb einer sozialen Revolution". Es ist in unserem Land zwar nicht ausgeschlossen, die zu stellen, aber es ist schwierig. Wir haben Artikel 14 Grundgesetz. Darin steht: Eigentum soll der Allgemeinheit dienen und kann auch enteignet werden. Das ist ja auch praktiziert worden – aber immer unter sehr schwierigen Bedingungen. Das meinte ich mit juristischen Fragen, die dann auch mit geklärt werden müssen. Und ich glaube, von einer Revolution derart, dass wir mit Gewalt die Macht übernehmen, sind wir weit entfernt und es ist wahrscheinlich auch gar nicht mehr möglich und unter den gegenwärtigen Umständen auch gar nicht wünschenswert.

Danke für das Gespräch

Das Gespräch führte Wolfgang Borchardt

Warum eine Diskussion über das Ökologische Grundeinkommen (ÖGE) notwendig ist

Wolfgang Penzholz

Das Defizit an sozialer Gerechtigkeit, welches das kapitalistische System kennzeichnet, war der Hintergrund für die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE). Tatsächlich gibt es die schreiende Ungerechtigkeit zwischen Einkommen privilegierter Schichten und armen und prekären Teilen des Volkes, etwa 13 Millionen in Deutschland. Und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf.

Soweit sind sich Vertreter des BGE und des ÖGE einig. Beide wollen, dass Hartz IV durch ein besseres Sozialsystem abgelöst wird. Hinter den Modellen stehen Philosophien. Das BGE will den Menschen nicht nur versorgen, sondern das gesamte Arbeitssystem in Richtung einer emanzipativen, den Menschen erfüllenden Arbeit umstrukturieren.

Wo aber bleibt im BGE der Schutz und der Erhalt der Natur? Naomi Klein hat in ihrem Buch "Die Entscheidung: Kapitalismus vs. Klima" klar gestellt: Der fossile Kapitalismus gehört abgeschafft, um die natürliche Umwelt der Menschheit zu erhalten.

Roland Blaschke sagte mir auf dem Jubiläumstreffen „10 Jahre BGE“ auf meine kritische Frage hin, was am BGE ökologisch wäre, dass das BGE auch eine Ökoabgabe kennt. Diese taucht unter dem Begriff Primärenergieabgabe auf. Für mich heißt das aber: Die Ökosteuer wird beim BGE unter fremden Namen versteckt und führt im Gesamtkonzept des BGE das Dasein eines Aschenputtels. Vielleicht kann man auch die Luxusgüterabgabe des BGE unter Ökosteuer subsumieren. Primärenergieabgabe und Luxussteuer sind aber erst als Finanzposten Nr. 4 und Nr. 6 im Konzept des BGE aufgeführt. Was soll die Namensgebung der Ökosteuer als Primärenergieabgabe? Was soll dieses Versteckspiel?

Klarer kommt die Idee einer notwendigen ökologischen Transformation weg vom Kapitalismus im ÖGE rüber. Das steckt schon in der Definition des ÖGE: „Es kombiniert die Verteuerung von Umweltgebrauch mit einer Umverteilung nach unten.“ (Ulrich Schachtschneider: „Freiheit, Gleichheit, Gelassenheit“, S. 37) Das ÖGE wird also im wesentlichen finanziert über Ökoabgaben

auf Naturressourcen, -verbrauch und Umweltschädigungen bzw. über die Umlenkung Umweltschädigender Subventionen, wie Ronald Blaschke richtig in einer kritischen Darstellung zu Schachtschneiders Buch feststellt.

Während das ÖGE eindeutig im Sinne des Schutzes der Natur Stellung nimmt und den fossilen Kapitalismus abschaffen will, gibt sich das BGE als sehr fortschrittlich, hält aber im Prinzip am fossilen Kapitalismus fest.

Dem BGE wird von der herrschenden Seite, aber auch von breiten Schichten der Bevölkerung, die gemäß der protestantischen Ethik dressiert wurden, der Faulheitsvorwurf gemacht. Das ÖGE ist gegen diesen Vorwurf eher immun. Es wendet sich gegen die Organisation einer Gesellschaft, die auf mit fossiler Energie (insbesondere Kohle und Öl) betriebener Großindustrie beruht, in deren Zentrum fossile Konzerne stehen. Dieses System der Ausbeutung, kombiniert mit Outsourcing und Robotsourcing, führt zur Massenarbeitslosigkeit und Armut, und zwar in den Ländern des Nordens wie in denen des Südens.

Das unsägliche Profitstreben dieses Systems ist nur ein Faktor dieser Abwärtsbewegung der Menschheit. Es macht Halt weder vor der Zerstörung des Menschen noch vor der der Natur.

Das ÖGE will nun nicht nur Menschen versorgen, sondern Tür sein zu einer neuen, ökologischen und sozialen Gesellschaft. Die bei ihm zentrale Ökosteuer dient einerseits der Versorgung, andererseits der Umlenkung in die neue Gesellschaft. Nur bürgerliche Kleingeister können hier mit dem Faulheitsvorwurf kommen. Die Kritik gegen die Befürworter des BGE lautet: Die Primärabgabe im BGE erscheint mir als eine etwas zu dünne Basis einer radikalen Kritik am fossilen Kapitalismus.

Nicht zuletzt müssen wir von der Ölenergie weg, wobei indirekt auch das ÖGE hilft, da es die Gesellschaft auf Basis erneuerbarer Energiequellen fördert. Öl ist die Hauptenergie der gegenwärtigen Phase des Kapitalismus. Ist es nur Zufall, dass in vielen Ländern, wo Öl unter der Erde lagert, also im gesamten Nahen Osten und in Teilen des arabischen Nordafrika, Kriege stattfinden?

Das ÖGE fördert die Umwandlung in die Gesellschaft auf der Basis der Erneuerbaren, in der weder ein zentraler Platz für Öl noch für die die Atmosphäre zerstörende Stein- und Braunkohle ist. Dass die Vertreter der BAG-Grundeinkommen der

LINKEN sich weigern, auf dem hier angeführten Hintergrund über das ÖGE zu diskutieren, verhindert einen gemeinsamen Lernprozess und schadet der linken Bewegung.

Warum lehnen Marxisten Jeremy Rifkins Theorien ab, und warum sind sie damit im Irrtum?

Wolfgang Penzholz

Jeremy Rifkin hat zugegebener Weise eine manchen irritierende Themen- und Theorienvielfalt.



Jeremy Rifkin

Auch stützt er sich nicht nur auf Theorien von Marx, sondern auch auf Theorien Joseph Schumpeters oder der Grenznutzentheorie. Dass er sein Buch „Null-Grenzkosten-Gesellschaft“ ausgerechnet mit einer Kritik am Kapitalismus aus der Grenznutzentheorie eröffnet, schadet der Klarheit eher, denn es nützt.

Man muss aber den Kern seiner Arbeit heraus schälen, niedergelegt insbesondere in den Büchern „Die dritte, industrielle Revolution“ und „Null-Grenzkosten-Gesellschaft“. Dort finden wir die Aufteilung in drei Epochen des Kapitalismus. Gerade seine Aufteilung in die erste, die zweite und die dritte industrielle Revolution eröffnet überhaupt erst das Verstehen des modernen Kapitalismus, macht dessen soziale und ökologische Kritik über Marx hinaus möglich und macht es möglich, die Perspektive einer echten, sozialistischen und ökologischen Revolution zu erkennen, welche eine neue, humanen Gesellschaft schafft. Auch wird durch Rifkins dritte industrielle Revolution erst die Verlogenheit des neoliberalen Modells der Revolution 4. 0 deutlich.

Drei Phasen der industriellen Revolution nach Rifkin

a) Erste, industrielle Revolution

1769 erfand James Watt die moderne, Kohle betriebene Dampfmaschine. Folge: Enorme Produktionsgewinne. Zwischen 1817 und 1840 sprang die britische Baumwollproduktion von 22 Millionen auf 366 Millionen Pfund bei gleichzeitigem Absturz der Produktionskosten. Bereits 1850 waren kohlebefeuerte Dampfmaschinen in ganz Europa und Amerika zu finden. (Rifkin: 66f) Man stieg von der ursprünglich mit Wassermühlen betriebenen Stahlindustrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Dampfkraft um. England vollzog als erstes Land den Wechsel von Wasser und Wind zur Kohle. Deutschland folgte nach. Dann die USA mit deren ungeheuren Kohlevorkommen. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren alle drei Länder von der ersten, industriellen Revolution dominiert. Hinzu kamen bald die Lokomotiven, die dann Millionen Briten, US-Bürger und Deutsche transportierten. Die mit Kohle befeuerte Dampftechnologie – Dampfdruckpresse und Dampflokomotive – bildeten die allgemeine Mega-Technologieplattform für die erste, industrielle Revolution (Null Grenzkosten Gesellschaft, 66f). Kohle war das fossile Haupttreibmittel des Kapitalismus, die dampfbetriebene Bahn sein Hauptverkehrsmittel. Aus Naturausbeutung stammende Energie verursacht riesige Profite, der Mensch steht an zweiter Stelle: Es geht nur um Profit. Die Kohle warf hauptsächlich den Profit aus, das Wort Ausbeutung stammt aus dem Bergwerken.

b) In den letzten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts wurde in den USA die **zweite, industrielle Revolution** geboren, noch unter der

Herrschaft der ersten, industriellen Revolution. Gekennzeichnet war die neue Megatechnologie durch Entdeckung des Erdöls, der Erfindung des Verbrennungsmotors (Auto) und des Telefons (Rifkin: 75).

Dies sollte das ganze zwanzigste Jahrhundert beherrschen. Als zeitlich frühesten Startpunkt kann man das Jahr 1868 ansehen, in dem John D. Rockefeller die Standard Oil Company gründete. In der zweiten, industriellen Revolution nahmen die Arbeiter zuletzt gerne ihre Knechtung im Produktionsprozess in Kauf, denn die mit scheinbar unendlicher Energie, Öl, nun angetriebene kapitalistische Wirtschaft schuf Wohlstand für alle, eigenes Auto, Reihenhaus, Mallorca-Urlaub etc. In Deutschland wurde die zweite, industrielle Revolution wohl durch die Weltkriege in die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg verzögert.

c) Zukunft: Die dritte industrielle Revolution

Die stetige Verteuerung des Ölpreises ist der Endlichkeit der Ressource Erdöl geschuldet. Während man nämlich etwa um die Jahrtausendwende ein Barrel (Faß) Öl noch für unter 24 Dollar in den USA bekommen konnte, musste man sieben Jahre später, im Juli 2008, den stolzen Preis von 147 Dollar bezahlen. (Rifkin, 85)

Dass der Ölpreis von Dezember 2015 an auf 36 Dollar pro Fass fiel, war dem Wirtschaftskrieg gegen Russland, Syrien, Iran geschuldet, von den USA und Saudi-Arabien durch die Überproduktion von Öl forciert. Diese künstliche Manipulation des Ölpreises hielt nur bis jetzt, Mai/Juni 2016. Nun schießt der Ölpreis wieder hoch, gerade heute am 28.5.16 auf über 50 Dollar/Fass.

Schon im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, aber erst recht seit 2000, setzt sich in Skandinavien, in den BeNeLux-Ländern, in Deutschland, in den Alpenregionen, Italien und Spanien, in den USA und Kanada Energie durch, die mit modernen Windräder, Sonnenmodulen oder Wasserkraft erzeugt wird.

Neben die solare Energie – nach Rifkin ein tragendes Element der dritten industriellen Revolution – tritt als zweites Element derselben die Informationstechnologie, die sich seit den 1990er Jahren mit dem Personalcomputer, dem Internet und den Handys stürmisch entwickelte. Sie wird für die Energieversorgung entscheidend, um das Stromnetz in ein Energie-Sharing-Netz (intergrid) zur Regulierung der in Wasserstoff- und anderen

Speichern gesammelter Energie zu verwandeln (Rifkin: „Die dritte, industrielle Revolution“ S.48f). Schließlich wird in der dritten industriellen Revolution mit der solaren Energie/Technologie und der digitalen Informationstechnologie die computerisierte Kleinproduktion kombiniert. Jeremy Rifkin führt nur einen Typ dieser Produktion an, den 3-D-Drucker. Dieser ist eine Entwicklungsform von kleinen computerisierten Produktionsgeräten, die von André Gorz in „Auswege aus dem Kapitalismus“ in Analogie zum Personalcomputer – hier im Bereich der Produktion – PersonalFabrikator genannt wurden. Rifkin erkennt, dass dieses Instrument eine selbstständige Produktion durch die Massen, also durch das Volk ermöglicht, d.h. eine urkommunistische Produktion.

Hier wird der elementare Unterschied zur sog. Revolution 4.0 deutlich: Bei letzterer werden digitale Maschinerien in mit fossiler Energie betriebenen Konzernen eingerichtet, was zu weiterem Arbeitsplatzabbau und höheren Profiten für die Kapitalherren führt. Die Variante Rifkins bedeutet hingegen Befreiung der Menschen von entfremdeter Arbeit, auch Aufteilung, Dezentralisierung der Arbeit.

Die neue sozialistische, ökologische Perspektive

„Kommunismus, das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes“, so sprach Lenin (22. Dez. 1920, Lenin Werke, Band 31, 513). Mit diesem Spruch gab Lenin eine Perspektive vor. Unter dieser Perspektive konnten sich die Progressiven sammeln und so siegen.

Wenn die heutige Linke gegen die Industrie 4.0 angeht und hier nur **eine neue Herausforderung** sieht, das ist zu wenig, zu defensiv. Die Parole Lenins, auf die heutige Zeit übertragen, müsste lauten:

“Erneuerbare Energien mal dezentrale, computerisierte dezentrale Produktion mal direkte Demokratie in autonomen Gemeinden, das ist die Gesellschaft der Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit.“

Das ökologische Grundeinkommen hilft, in diese neue Gesellschaft zu kommen.

Neoimperialismus unter dem Deckmantel sogenannter Entwicklungshilfe

Dominik Richl

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ist in Deutschland nach Eigendarstellung zuständig „für die Bekämpfung der Armut, für Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, für eine faire Gestaltung der Globalisierung und für den Erhalt der Umwelt und der natürlichen Ressourcen.“¹ in aller Welt. Und weiter für „Eine Welt, in der alle Menschen selbstbestimmt und in Freiheit ihr Leben gestalten können, eine Welt ohne Armut, gewaltsame Konflikte und ökologische Zerstörung.“² Schön, oder?

Und in Wirklichkeit?

Wenn man sich jedoch die Realität anschaut, wird man das Gefühl nicht los, dass es sich hierbei um orwellsches Neusprech handelt, das genau das Gegenteil meint.

Wichtigstes Werkzeug der „internationalen Entwicklungszusammenarbeit“ ist heute die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Die ist an sich schon ein neoliberales Highlight, 2011 aus der Fusion verschiedener Entwicklungsbehörden hervorgegangen. (Übrigens in der Ägide von Minister Dirk Niebel. Das ist derjenige, der das eigentlich schon abgeschlossene internationale Abkommen zum Erhalt des Yasuni-Waldes in Ecuador hat platzen lassen – das wäre wohl noch zu schön, dass Deutschland Geld für Naturschutz in Ecuador ausgibt – und der heute für den Rüstungskonzern Rheinmetall arbeitet.) Die GIZ ist jetzt ein privatwirtschaftlich organisiertes – jedoch zu 100% im Besitz des BMZ befindliches – gewinnorientiertes Dienstleistungsunternehmen. Als solches verkauft es einen Service, wie Unternehmen am Markt das nun mal tun. Hauptsächlich an das BMZ, also seinen Eigentümer, aber auch an andere nationale und internationale öffentliche Institutionen oder privatwirtschaftliche Unternehmen.



Die Kernkompetenz ihres Leistungsspektrums sieht die GIZ darin: „Menschen [zu unterstützen] Fachwissen sowie Handlungs- und Steuerungskompetenz zu erwerben. Organisationen, Behörden und Unternehmen erhalten Beratung, um ihre Organisations-, Management- und Produktionsstrukturen leistungsfähiger zu machen. Und nicht zuletzt berät die GIZ Regierungen darin, Ziele und Veränderungsprozesse in Gesetzen und Strategien zu verankern und landesweit umzusetzen. Denn entscheidend für wirkungsvolle und nachhaltige Reformen sind die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.“³

Was das dann konkret heißt, lässt die GIZ ihre Kunden erzählen, so zum Beispiel Dr. Andreas Blüthner von der BASF: „Die GIZ hat das Mandat sowie eine beeindruckende Kompetenz, Regierungen von der Notwendigkeit von Standards zu überzeugen und sie auf dem Weg dorthin zu beraten.“⁴ Blüthner lobt sie für ihre Unterstützung in der Realisierung „eines überregionalen Projekts zur Anreicherung von Nahrungsmitteln gegen Mangelernährung“. Dieses sieht – als zugegebenermaßen harmlosere Variante zu den auf Gentechnik basierenden „Goldenrice“-Machenschaften – die Anreicherung von Grundnahrungsmitteln durch Vitamin A vor. Selbstverständlich „made in Ludwigshafen“. Dabei wird künstlich hergestelltes Vitamin A, nachdem es entsprechend aufbereitet wurde, exportiert und wiederum mit Hilfe von BASF-Technikern in den Zielländern Grundnahrungsmitteln wie Öl oder Mehl beigemischt. Bei BASF legt man Wert auf die Feststellung, dass „Wir [...] unseren Kunden und Partnern nicht nur das Vitamin A [anbieten], sondern sie erhalten von uns eine Gesamtlösung.“⁵

1 <http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/grundsaeetze/>

2 <http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/ziele/index.html>

3 <https://www.giz.de/de/leistungen/kernkompetenz.html>

4 https://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/ernaehrung/SAF_O-Konzept_DE.pdf

5 <http://www.standort-ludwigshafen.basf.de/group/corporate/site-ludwigshafen/de/news-and-media-relations/science-around-us/food-fortification/story>

Im Klartext: eine offizielle, von einem deutschen Bundesministerium getragene Organisation, betreibt Lobbyismus für eine Gesetzgebung, die dergestalt sympathischen, für ihre ökologische und soziale Verantwortung bekannten Unternehmen wie der BASF bessere Absatzmöglichkeiten eröffnet bzw. überhaupt erst den legalen Rahmen für den Absatz ihrer industriellen Hightechprodukte ermöglicht. Dem entsprechend findet die GIZ auch, dass eine tatsächliche Ernährungssouveränität der Menschen in den zu entwickelnden Ländern, im Rahmen selbstbestimmter, kleinbäuerlicher Landwirtschaft, auch als Voraussetzung für eine Ernährung, die künstliche Vitaminaufnahme unnötig machen würde, nun leider, leider, nicht drin ist: „Wir müssen uns von der Illusion verabschieden, dass alle Kleinbauern im landwirtschaftliche Sektor bleiben können“.⁶ Denn: „Bei allen Kooperationen und Projekten steht eines im Mittelpunkt: Wirtschaftliche Interessen und entwicklungspolitische Ziele so miteinander zu verknüpfen, dass alle Beteiligten davon profitieren.“⁷

Im Umkehrschluss heißt das dann wohl, dass Leute, deren entwicklungspolitische Ziele sich nicht mit deutschen Kapitalinteressen verknüpfen lassen, eben nicht beteiligt werden. Sie können sich ja beteiligen, wenn sie sich zum Beispiel von der Illusion verabschieden, Kleinbauern bleiben zu wollen. Und dass Kleinbauern bald keine Kleinbauern mehr sind, dafür tut die GIZ so manches. Als Resultat ihrer Entwicklungshilfe in Kambodscha zum Beispiel lobt sie sich: „Heute sind in den ländlichen Gebieten [Kambodschas] hochwertiges Saatgut und Düngemittel verfügbar. Zwischenhändler und Verarbeitungsbetriebe bieten Beratung, Marktinformationen und Finanzierungsmöglichkeiten an.“⁸

German Food Partnership

Was „hochwertiges Saatgut“ und „Düngemittel“ wahrscheinlich auch in diesem Fall heißt, verdeutlicht ein anderes Beispiel aus Kenia, wo die

GIZ im Rahmen der German Food Partnership (GFP) tätig war: „Insgesamt verkauft der Konzern nach eigenen Angaben durch die Aktion über 20 Prozent mehr Pestizide an Kleinbauern in Kenia. Und das, obwohl Bayer hier sehr teuer ist. Wie hilfreich das deutsche Staatsgeld dabei ist, gibt der Bayer-Verkaufsmanager in Kenia unumwunden zu.“ Titus Kinoti, Verkaufsmanager Bayer Kenia: „Durch dieses Programm sind wir effektiver geworden. Wir können uns jetzt in einem umkämpften Markt behaupten. Wir bedienen die Bedürfnisse der Kunden und bringen sie dazu, unsere Produkte zu kaufen.“¹⁰

Die GFP ist ein internationales Joint venture zwischen GIZ, privaten Charity Organisationen wie der Gates-Stiftung und führenden Agrarkonzernen, darunter Bayer und BASF. Ziel ist im Allgemeinen die Implementierung industrialisierter Produktionsweisen und im Speziellen die Absatzförderung für die beteiligten Unternehmen. Bei Bayer freut mensch sich: „Sie [die Bauern] werden Zugang zu modernen Technologien erhalten: Hochwertiges Saatgut, Düngemitteln, innovativen Pflanzenschutzlösungen und Wassermanagement – um die lokale Produktivität nachhaltig (sic!) zu steigern.“¹⁰

Weitere Beispiele

Biopiraterie in Mexiko

In Mexiko – genauer im Bundesstaat Chiapas – versucht die GIZ ein dubioses Programm zu „Schutz und nachhaltiger Nutzung der Selva Maya“ umzusetzen. Die Dachorganisation der indigenen Heiler_innen und Hebammen (COMPIT-SCCH) fühlt sich davon jedenfalls stark an den letzten – damals US-amerikanischen – Versuch erinnert, die biologischen Ressourcen dieser sehr artenreichen Region für das heimische Kapital zu erschließen, d.h. Biopiraterie zu betreiben. Tatsächlich führten ganz ähnliche Projekte bereits zu Vertreibungen, Landraub und Repression bis hin zum Mord an denjenigen, die sich damit nicht abfinden wollten. Denn auch das Land und der Zugang dazu sind stets Teil solcher Projekte, die

6 Regenwaldreport Nr.15-3

7 https://www.giz.de/de/mit_der_giz_arbeiten/128.html

8 https://www.giz.de/de/downloads/giz2015_de_Leistungsangebot_Laendliche_Entwicklung_Produkt_036.pdf

9 OXFAM; Gefährliche Partnerschaft; Mai 2014

10 <http://www.monheim.bayer.de/de-DE/Pressemeldungen/2013/Liam-Condon-Ernaehrungssicherheit-braucht-Innovationen-und-starke-Partnerschaften.aspx>

Ausweisung von Schutzgebieten bedeutet regelmäßig die Vertreibung der einheimischen Bevölkerung, die ja die Natur stören würde.¹¹

„Aufforstung“ in Nicaragua

Für „Aufforstungsprojekte“ in Nicaragua kooperiert die GIZ wie auch deren Vorläuferorganisation DEG im Rahmen von „Public Private Partnerships (PPPs)“ gleich mit einem deutsch-spanischen Plantagenkonzern: der Futuro Forestal. Eine Firma, die ein wenig Nachhaltigkeitspropaganda macht, im Wesentlichen aber Teakplantagen (ein in Lateinamerika nicht natürlich vorkommendes Edelholz) anlegt. Durch Instrumentarien wie REDD+ und die Einführung von CO₂-Senken in den internationalen Emissionshandelzertifikaten, geht das als Klimaschutz durch und kann entsprechend als „grün“ etikettiert werden. Detail für siegelgläubige Biodeutsche: Da sich Teakplantagen von, sagen wir mal Tabakfeldern, auch darin nicht unterscheiden, dass nach der Abholzung („Ernte“) wieder neu gepflanzt wird, gibt's auch ein FSC-Siegel für nachhaltige Forstwirtschaft. Üblicherweise betätigt sich Futuro Forestal als Dienstleister auf den Flächen anderer. Kunden sind üblicherweise Investoren aus Industrieländern, die einerseits natürlich Profit machen wollen und andererseits durch die vorgebliche Kompensation ihrer eigenen bzw. ihrer Kunden CO₂-Emissionen, ihr Image aufbessern wollen.

Bei den GIZ geförderten Pflanzungen in Nicaragua betätigt sich die Futuro Forestal jedoch als ihr eigener Kunde, die Projektflächen waren zuvor aufgekauft worden. Futuro Forestal Chef Andreas Ecke darf auf der BMZ-Werbeseite für Entwicklungs-PPPs (Public Private Partnerships) loben: „Das gesamte Projekt wäre ohne die verlässliche Hilfe der DEG nicht möglich gewesen. Ich denke, ich kann rückhaltlos sagen, dass ich jedem anderen zu ähnlichen Partnerschaften im Kontext der ländlichen Direktinvestitionen und der Entwicklungszusammenarbeit raten würde.“¹² Insgesamt

wurden 88% Teak gepflanzt.¹³ Der Rest seien „einheimische Hölzer“ – die Flächen beheimateten ursprünglich Regenwald und wurden nach Kahlschlag zwischenzeitlich als Weideland genutzt.¹⁴

Die Erschließung der Welt – für das deutsche Kapital

Im Grunde geht es darum, Märkte und Ressourcen für die deutsche Wirtschaft zu erschließen und dabei die betroffenen Menschen in den „Entwicklungsländern“ in die (deutsche) kapitalistische Wertschöpfungskette zu integrieren. Böse formuliert: "Am Deutschen Wesen soll die Welt genesen." Oder um es mit den Worten des BMZ zu sagen: „Eine wichtige Basis der deutschen Wirtschaft ist das Exportgeschäft, das von einer stabilen Weltwirtschaft abhängt. Finanz- und Wirtschaftskrisen in Afrika, Asien oder Südamerika führen auch in Deutschland zum Verlust von Arbeitsplätzen. Entwicklungszusammenarbeit, die darauf ausgerichtet ist, die Volkswirtschaften in den Kooperationsländern zu stabilisieren, stärkt auch die Wirtschaft in Deutschland und in den anderen Geberländern.“¹⁵

Unterstützt wird GIZ dabei von einem eigens auf sie zugerichteten Lobbyverein: der Carl-Duisberg-Gesellschaft (CDG). (Duisberg wiederum war der, der während des Ersten Weltkrieges federführend und mit viel Enthusiasmus das deutsche Giftgasprogramm entwickelt hat. Die Menschheit verdankt ihm so angenehme Dinge wie Phosgen. Außerdem war er Gründer und dann Chef der IG Farben). Ziel des Vereins ist laut Selbstdarstellung die „Einbringung der Ideen der Wirtschaft in die GIZ“. Und damit das nicht allzu anstrengend wird, sind gleich vier Vertreter der CDG Mitglieder in Gremien der GIZ: Zwei im Kuratorium, zwei weitere im Wirtschaftsbeirat. In den drei GIZ-Gremien – Aufsichtsrat, Kuratorium und Wirtschaftsbeirat – finden sich – abgesehen von einer Mehrheit an Leuten aus Regierung und Parlament, Ländern und Kommunen – insgesamt 17 Wirtschaftsvertreter, zwei Wissenschaftler, ein

11 Tierra y Libertad Nr. 71

12 <https://www.developpp.de/de/content/private-partner>

13 <http://www.futuroforestal.com/services/projects/nicaragua>

14 http://www.futuroforestal.com/wp-content/uploads/develoPPP-report-32-ResourceEfficiency_EN.pdf

15 <http://www.bmz.de/de/ministerium/ziele/grundsatzetze/>

16 https://giz.de/de/ueber_die_giz/274.html

Gewerkschafter, zwei Entwicklungshelfer und vier sogenannte Vertreter der Zivilgesellschaft.¹⁶ Bei den letztgenannten handelt es sich um entwicklungspolitische Dachorganisationen, wie die Arbeitsgemeinschaft der Entwicklungsdienste, in der die GIZ wiederum selbst Mitglied ist, und als einzige NGO die Stiftung Weltbevölkerung. Die hat als wichtigste Armutsursache ausgemacht, dass die Armen zu viele Kinder bekämen, entsprechend paternalistisch nimmt sich ihre Politik aus. Freilich, manchmal funktioniert diese urdeutsche

Form der Entwicklung sicherlich auch für die Betroffenen – das heißt den verwertbaren Teil der Bevölkerung – hinsichtlich einer Verbesserung der Versorgung mit materiellen Gütern und Dienstleistungen. Wo darin aber „eine Welt, in der alle Menschen selbst bestimmt und in Freiheit ihr Leben gestalten können“ liegen soll, bleibt das Geheimnis des BMZ. Oder ein Propagandaschlagwort, dessen eigentlichen Sinn die Autoren dieses Satzes wahrscheinlich selbst nicht verstehen.

ENDE GELÄNDE! - Tausende Aktivist*innen legen Tagebau still¹

Rebekka Schwarzbach

Laut Wetteraufzeichnungen des letzten Jahres wurden wieder alle Hitzerekorde gebrochen. Aber auch dieses Jahr 2016 wird alle bisherigen Rekorde brechen, denn schon im April haben die globalen Temperaturen alles vorherige in den Schatten gestellt. In Paris wurde zwar endlich ein neues Klimaschutzabkommen von den Herrschenden beschlossen, aber da es nicht weit genug geht, um den Klimawandel wirklich ernsthaft etwas entgegenzusetzen und weil es natürlich das Grundproblem des kapitalistischen Systems nicht löst, sondern bestehende, ausbeuterische Verhältnisse zu Gunsten der Reichen nur weiter zementiert, haben sich Menschen der Klimabewegung zusammengeschlossen und die Kampagne „Break Free from Fossil Fuels“ ins Leben gerufen.

„System change! Not climate change!“

ist einer der Rufe der internationalen Aktionswochen „Break Free from Fossil Fuels“, die vom 3. bis zum 16. Mai 2016 stattfanden. Dabei leisteten Menschen auf sechs Kontinenten mittels Aktionen zivilen Ungehorsams Widerstand gegen den Abbau und die Verbrennung fossiler Energieträger, denn um die globale Erwärmung auf unter 2 Grad zu begrenzen, müssen weltweit 80 Prozent der fossilen Energieträger im Boden bleiben. Mit 20 direkten Aktionen und über 30.000 Teilnehmenden weltweit ist es eine der erfolgreichsten Kampagnen der Klimabewegung in den letzten Jahren.



Es gab Blockaden unter anderem des weltgrößten Kohlehafens in Newcastle/ Australien, des Pecém Kohlekraftwerks in Brasilien, Englands größten Tagebaus in Wales, einer Kohleabfallhalde in Izmir/ Türkei, einer Öltraffinerie in Washington/ USA und im kanadischen Vancouver demonstrierten hunderte Menschen in Kayaks gegen die Verschiffung von Öl, das mit schlimmsten Umweltfolgen aus Teersanden gewonnen wird.

Mit der Massenaktion „Ende Gelände“ hat sich auch die hiesige Klimaschutzbewegung an den Protesten beteiligt, wobei durch die Aktions-Teilnahme von mindestens 1000 Menschen aus ganz Europa der internationale Charakter auch in die Lausitz getragen wurde.

Insgesamt haben mehr als 3500 Aktivist*innen über Pfingsten den Tagebau Welzow-Süd im Lausitzer Braunkohlerevier stillgelegt sowie das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe durch Besetzungen und Blockaden der Kohlebahnen zum Herunterfahren gezwungen. Dies gelang neben Massen-

¹ Auszug aus einem Artikel des Grünen Blattes:

http://www.gruenes-blatt.de/index.php/2016-01:Tausende_Aktivist*innen_legen_Tagebau_still

blockaden auf den Gleisen auch durch Ankettvorrichtungen und eine Betonpyramide auf den Gleisen. Zentrale Forderung ist: sofort aus der Kohleverstromung auszusteigen.

Spontane Aktionen begannen schon am Freitag, denn Vattenfall hat in vorausgehendem Gehorsam angekündigt, den Betrieb im Tagebau wegen der angekündigten Aktionen am Wochenende herunterzufahren. Damit hatten die Aktivist*innen eigentlich schon gewonnen, ohne überhaupt losgegangen zu sein.

Da mensch sich der Richtigkeit von Konzernausagen aber nie sicher sein kann, starteten am Freitag über 1500 Menschen aus dem Klimacamp in Proschim und erreichten die Förderanlagen im Tagebau praktisch ohne Widerstand der Polizei. Damit begann die Blockade des Tagebaus und von Industrieanlagen: zweier Radschaufelbagger, einer zentralen Kohleverladestation und zahlreicher Schienenabschnitte.

Geprägt wurde der Aktionstag durch die nichtvorhandene Polizeipräsenz, denn die Cops ließen sich kaum blicken. Die Staatsanwaltschaft Cottbus sah im Hinblick auf die Besetzung des Braunkohletagebaus „die Tatbestandsmäßigkeit des Hausfriedensbruchs wegen des Problemfeldes der Umfriedung nicht gegeben.“, d.h. da kein Zaun um den Tagebau ist, muss auch damit gerechnet werden, dass er betreten wird.

Da der Tagebau im Vorhinein heruntergefahren wurde, meinte die Polizei Cottbus: „Nötigungen durch Eingriffe in die Betriebsabläufe des Unternehmens wegen des Besetzens in verschiedenster Form von Gleisanlagen oder Klettern auf Großgeräte sind ebenfalls nach erster Bewertung durch die Staatsanwaltschaft nicht strafrechtlich relevant.“ Vattenfall erstattete trotzdem Anzeige gegen Unbekannt wegen Land- und Hausfriedensbruchs sowie Nötigung und Störung öffentlicher Betriebe.

Da der Tagebau nun still stand, war das Aktionsziel für Samstag, das Kohlekraftwerk Schwarze Pumpe von der Kohleversorgung mittels Gleisblockaden abzuschneiden und somit das Herunterfahren zu erzwingen. Am Samstagvormittag brachen deshalb über 2000 Menschen mit Fahrrädern, zu Fuß und in Bussen vom Camp in Richtung Kraftwerk auf. Auch diese Blockaden der Zufahrtsschienen gelang ohne große Mühe.

Ergebnis: Weil der Kohlenachschub ausblieb,

musste Vattenfall die Leistung des Kraftwerks um 80 Prozent drosseln. Denn alle Gleiszugänge zum Kraftwerk wurden blockiert, so dass Vattenfall keine weitere Braunkohle aus dem Tagebau ins Kraftwerk transportieren konnte und auch vorbereitete Vorratszüge mit Braunkohle konnten nicht im Kraftwerk verfeuert werden.

Ein Riesenerfolg: Das Kraftwerk Schwarze Pumpe konnte jetzt nur noch im Notbetrieb arbeiten. Vattenfall musste die Leistung der beiden 800-MW-Blöcke des Kraftwerks laut Leipziger Strombörse im Block A schon am Freitagabend um 100 MW und im Block B um fast 380 MW reduzieren. Am Samstagmittag regelte der Energiekonzern Block A um 452 MW herunter, Block B um 755 MW.

„What do we want? Climate justice now!“

Da alles so super lief, bildete sich bei den Gleisblockaden recht schnell eine Gruppe Aktiver, die die Erstürmung des inneren Kraftwerksgeländes initiierte. Dem folgten etwa 700 Aktivist*innen, dabei wurden auch Zäune überwunden und sogar das Kraftwerksgebäude betreten, wobei unter anderem der Feueralarm ausgelöst wurde. Die Cops versuchten daraufhin zu kesseln und nahmen anschließend über 120 Menschen fest. Mit dieser Massenfestnahme hatte die Polizei anscheinend ihre eigenen logistischen Kapazitäten gesprengt, denn viele Gefangenen mussten in den Gefangenentransporten übernachten und ihnen wurde der Zugang zu Sanitäranlagen sowie Nahrungsmitteln verwehrt.

Auch eine Demo gab es am Samstag mit 1000 Menschen am Rand des Tagebaus Welzow Süd.

Am Sonntag kündigte Vattenfall an, „das Kraftwerk in Kürze stilllegen zu müssen“. Denn inzwischen wurden der Tagebaubetrieb und die Verladestation 48 Stunden lang blockiert; und das Kraftwerk war seit 24 Stunden vom Kohlenachschub abgetrennt. Somit wurde mit den vielen Besetzungen und Aktionen Europas zehntgrößter CO₂-Verursacher für über 48 Stunden lahmgelegt. Und Vattenfall musste verkünden: „Nur die zusätzliche Energieerzeugung durch starken Wind verhindert an diesem Wochenende einen Energieengpass in der Region.“

Die erfolgreiche Aktion wurde mit einer Jubelparty auf den Schienen nach 48 Stunden auf den Blockaden gefeiert und während das Aktionsbündnis „Ende Gelände“ die Blockaden offiziell für beendet

erklärte, wurden sie von Aktivist*innen einfach bis zur Räumung durch die Cops am Abend weitergeführt. Die Blockade der Bagger konnte bis Montag in den frühen Morgenstunden gehalten werden.

Leider gab es Samstagabend Übergriffe von Neonazis und „besorgten Bürgern“ auf Mahnwachen, Gleisblockaden und auch einzelne Aktivist*innen, beispielsweise wurde im anliegenden Terpe eine Mahnwache angegriffen, indem die Menschen bedroht, der Pavillon zerstört und Fahrräder umgeworfen wurden.

Gegen rechtsradikale Täter ging die Polizei erst in der Sonntagnacht vor. Laut einer Mitteilung der Polizei Cottbus wurden nahe des Dorfes Proschim die Personalien von 57 Personen festgestellt, die teils „als Straftäter rechts motiviert bekannt sind“. Nach diesen sehr erfolgreichen Aktionswochen

der „Break Free from Fossil Fuels“-Kampagne kann mensch nur hoffen, dass es gelingt, die Energie und Hoffnung durch die vielen vielfältigen, weltweiten Aktionen zu nutzen, um weitere konkrete Handlungsperspektiven und Optionen für die Menschen zu entwickeln, und dass sich noch mehr Menschen auch in die täglichen Klimakämpfe direkt vor der Haustür einbringen und organisieren, wie z.B. in den Besetzungen des Hambacher Forstes und in LAUtonomia. Denn „system change“ ist auch Handarbeit, muss erkämpft werden und findet täglich statt, nicht nur einmal im Jahr im Sommer während irgendwelcher Camps. Es gab nie einen besseren Zeitpunkt für eine endgültige Energiewende, denn die Energiekonzerne sind auch in einer Finanzkrise. Lasst uns sie angreifen und enteignen!

Eine durchsichtige Scharade

Kathrin Kagelmann



Was da gestern (29.5.2016, d.R.) im Landtag sein vorläufiges Ende fand, war Teil eines gut eingerührten PR-Coups der Kohlelobby. Die hatte nach dem Verkauf der Braunkohlesparte von Vattenfall nach einer Chance gesucht, ihr ramponiertes

Image in der Region wieder aufzuhübschen. Und hat sie gefunden in den Pfingstprotesten der Klimaschutzbewegung. Die übrigens sind nicht neu, finden seit Jahren in den Kohlerevieren statt, werden ordentlich öffentlich angekündigt. Selbst Blockaden oder Besetzungen als durchaus umstrittene Instrumente des zivilen Ungehorsams werden bekannt gemacht, u.a. damit sich Energieversorger darauf einstellen können. Was die auch tun – das Kraftwerk Schwarze Pumpe war vorsorglich auf 20 % seiner Leistung heruntergefahren worden. Die Organisatoren von „Ende Gelände“ und Campact stimmten ein Sicherheitskonzept ab mit Land, Kommunen, Unternehmen, Polizei und Justiz. Die Organisatoren schulen sogar die Demonstranten, damit niemand zu Schaden kommt – weder Protestler noch Beschäftigte! Diesen Grundkonsens hat „Ende Gelände“ auch aufgeschrieben und ebenfalls veröffentlicht. Er war u.a. Grundlage meiner Unterstützung für die Pfingstproteste – auch wenn ich mich für eine wesent-

lich undramatischere Protestform entschieden habe, eine stinknormalen Demonstration von Welzow zum abbaubedrohten Proschim. Diese Demo verlief absolut friedlich, fröhlich und war bunt – auch parteipolitisch. Soweit so normal?

Jetzt startete der PR-Coup: Bereits Samstag liefen die Medien-Ticker über von Bildern über Klimaaktivisten im Tagebau, auf Förderbändern, auf Gleisen, über Zäune kletternd. Von „meiner“ friedlichen Demo kam dagegen nichts. Die völlig entspannt agierende Polizei begleitete die Aktivist*innen, hinderte lange niemanden an nichts – was fast irritierend wirkte. Bis Vattenfall intervenierte und die Räumung verlangte. Nun wurde eingegriffen und Klimaaktivisten festgesetzt, vor dem Werkstor eingekesselt. Dann flogen die ersten Böller auf Aktivist*innen – aus einer spontanen Gegendemonstration von Kohlebefürwortern vor Schwarze Pumpe. Nazis hatten sich offensichtlich unter die Gegendemonstranten gemischt, wie sie bereits in der Nacht zuvor und tagsüber Gruppen von Klimacamp TeilnehmerInnen bedroht und angegriffen hatten. Die Polizei schritt ein. Auch darüber erfährt der Leser/die Leserin der regionalen Zeitungen in Brandenburg und Sachsen später – wenn überhaupt – nur am Rande. Am Sonntag wird das Klimacamp einschließlich der Blockaden beendet. Am Montag erscheint ein großformatiger Artikel eines betroffenen

dreibleitenden leitenden Vattenfall-Mitarbeiters, der über verängstigte Bergleute und einen entgleisten Zug berichtete. Warum, wie nach Blockaden zu erwarten wäre, keine strengen Kontrollen an den Strecken um Tagebau und Werk erfolgt sind, bleibt sein Geheimnis. Zeitgleich stapeln sich Pressemitteilungen von Koalitionspolitikern, die scharfe Angriffe gegen Grüne und LINKE fahren. Die ersten Positionspapiere von Vereinen und Wirtschaftsorganisationen, später von Vattenfall und IG BCE¹ verlangen nach Distanzierungen von LINKEN und Grünen. Am Dienstag ein weiterer Großaufmacher in der SZ: Eine junge Baggerfahrerin im Tagebau Nochten. Und schließlich der vorläufige politische Abschluss der Kampagne am Mittwoch im Plenum: Die Koalitionsabgeordneten Rohwer, Heidan, Hirche, Krauss (alle CDU) und Baum (SPD) – keiner von ihnen war am Wochenende auch nur in der Nähe der Proteste – überboten sich in Schuldzuweisungen und sprachlichen Entgleisungen (u.a. "Krawallbrüder", "Terroristen") gegen linke und grüne Landtagsabgeordnete.

Die klimapolitische Dimension der Proteste wird in regionalen Medien nicht einmal angerissen – ein Jahr nach dem 5. Weltklimabericht, ein halbes nach der Klimakonferenz in Paris! Die Unterstützung starker Teile der örtlichen CDU im rot-roten Brandenburg für die Pfingstproteste wird in Sachsen besser verschwiegen. Dass der Bund die Mit-Finanzierung von Folgekosten der Braunkohleförderung absenken will, dass der Freistaat nicht gedenkt, die kommunalen Lasten aus Gewerbesteuererückforderungen oder Trinkwasserversorgung in der Lausitz mitzutragen – kein Wort dazu. Auch, dass sich Vattenfall vom Acker macht und der Heuschrecke EPH² das Feld überlässt, ist jetzt kein Thema mehr.

In Zusammenhängen zu denken, fällt schwer angesichts einer medialen Aufregungsmaschinerie. Da gehen Inhalte verloren oder werden bewusst weggelassen. Eine Frischzellenkur für ein sterbendes Energiesystem, das mit seinen noch immer starken Verbindungen in Politik und Medien und noch mehr Geld öffentliche Meinung geschickt steuert.

Hätte dann der Protest besser nicht stattfinden sollen? Und sind Blockaden und Werksbesetzungen wirklich legitim?

¹ IG Bergbau, Chemie, Energie

² Energetický a průmyslový holding a.s.

Solange keine Gewalt gegen Menschen ausgeübt wird: Ja.

Hier geht es um mehr als ein Lausitzer Problem. Es geht ums Überleben unseres Planeten, weil der Klimakiller CO₂, der durch die Verbrennung von Kohle freigesetzt wird, die Erde kollabieren lässt. Und bevor das passiert, ernten unsere Kinder und Kindeskinde die Folgen unseres Egoismus: Naturkatastrophen und Klimaflüchtlinge. Kleiner ist es leider nicht zu haben.

Aber dann doch besser ohne Schienenblockaden und Werksbesetzungen?

„Revolution in Deutschland? Das wird nie etwas. Wenn diese Deutschen einen Bahnhof stürmen wollen, kaufen die sich noch eine Bahnsteigkarte!“ Das soll Lenin gesagt haben. Wären die Menschen 1989 der CDU-Definition von legitimen Protest gefolgt, stünde vermutlich noch die Mauer in Berlin. In Frankreich hat man offenbar wenig Hemmung, zur Verhinderung unsozialer Arbeitsmarktgesetze nach dem Beispiel von Hartz IV auch mal Atomkraftwerke oder Autobahnen zu blockieren. Ziviler Ungehorsam steht am Beginn jedes demokratischen Gesellschaftssystems und gehört zu einer funktionierenden Demokratie. Wenn es um existentielle oder essentielle Fragen geht, muss der Druck auf Politik und Wirtschaft erhöht werden können, denn es existiert auch im demokratischen Staat immer noch ein enormes Machtgefälle zwischen der Bevölkerung und dem organisierten Staat bzw. der Wirtschaft. In Sachsen hat es ziviler Ungehorsam dagegen schwer: 2009 blockierten die sächsischen Bäuerinnen und Bauern beispielsweise mit ihren Traktoren die Zufahrt zur Molkerei Leppersdorf. Es ging ums Überleben vieler Höfe! Sie wurden zu drastischen Strafen verdonnert wegen Verstoßes gegen das Kartellrecht! Jahrelang blockierten Menschen die Marschroute von Nazis, die am 13. Februar durch Dresden marschierten. Es ging um das gemeinsame antifaschistische Erbe. Viele Antifaschistinnen und Antifaschisten wurden danach verklagt und mit Geldbußen belangt. Auch das ist Ergebnis einer 25-jährigen schwarzen quasi Alleinherrschaft. Deshalb: Ich lasse der Koalition diese undifferenzierte Kriminalisierung der gesamten Umweltbewegung nicht durchgehen, denn wenn Unvernunft zu Politik wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Ein Wochenende – verschiedene Sichten: Bestimmt das Sein das Bewusstsein?

Wolfgang Borchardt

Beide vorherigen Beiträge gehen von der Notwendigkeit aus, die weitere Erderhitzung zu begrenzen und dazu vor allem die Braunkohleverstromung schnellstmöglich zu beenden. Für beide ist „die klimapolitische Dimension der Proteste“ das Entscheidende.

Was macht die LINKE in Brandenburg?

Doch in der Lausitz scheinen die Uhren der Erkenntnis nachzugehen. Auf der Internetseite des Kreisverbandes Lausitz DER LINKEN schreibt Anke Schwarzenberg (MdL): „... Was aber bleibt bei den Menschen in der Lausitz nach diesem Wochenende hängen? Empörung über die Art und Weise des Vorgehens, Unverständnis, Wut und ein fader Beigeschmack. Die Umweltaktivisten sind wieder abgezogen, sie hatten ihre Bilder und die Lausitzer bleiben allein zurück. Einen solchen Protest will niemand, er löst auch kein einziges Problem...“ Der Vorsitzende des Kreisverbandes DIE LINKE, Lausitz, Matthias Loehr (MdL) urteilt: „... Die angekündigten Aktionen führen jedoch bereits im Vorfeld zu einer Polarisierung vor Ort, wie der Brief von regionalen Amtsträgern verdeutlicht. Daher unterstützt DIE LINKE, Lausitz diese Form der Proteste nicht. Wir wollen keine neuen Gräben, sondern vielmehr gemeinsam die Zukunft der Region gestalten. Dazu gehören für uns auch die Beschäftigten in den Kraftwerken und Tagebauen. ... Wir haben eine Verantwortung für die Menschen in der Region und tragen auch Verantwortung für jene, die vom Klimawandel schon heute betroffen sind...“ Das ist unbestritten – aber wo bleibt die Antwort auf die Frage, wie denn die Lausitzer LINKE gedenkt, die Verantwortung für die zu erwartenden noch größeren Schäden in der Zukunft zu tragen? Matthias Loehr: „Wir wollen bis 2040 aus der Verstromung der Braunkohle aussteigen.“ – Damit ist es nicht einmal möglich, die in Paris festgelegte 2°-Grenze der globalen Erderhitzung einzuhalten, von den 1,5°-Ziel ganz zu schweigen! In der „Stellungnahme des Koordinierungsrates der Ökologischen Plattform bei der LINKEN zum Koalitionsvertrag des Landes Brandenburg zwischen SPD und LINKEN“ haben wir bereits 2009



formuliert: „Ein Abrücken davon [= den klaren energiepolitischen Positionen] muss daher von Vielen als Wahlbetrug wahrgenommen werden, dessen Folgen die LINKE – nicht nur in Brandenburg – bei nächsten Wahlen zu spüren bekommen wird.“¹ Die beiden zitierten MdL sehen diese Probleme nicht und geben sich staatstragend – sie sind ja auch Parlamentarier einer Regierungspartei in einem kapitalistischen Land.

Sie dachten, sie seien an der Macht,
dabei waren sie nur an der Regierung.
wird Tucholsky zugeschrieben

Ist das der Grund, die Proteste der vorwiegend jungen und jugendlichen AktivistInnen abzulehnen? Letztere werden auf jeden Fall mehr von den sich verstärkenden und immer häufiger auftretenden Wetterunbilden betroffen sein, als die ältere(n) Generation(en). Deshalb geht ihnen der Ausstieg aus den schmutzigen Energien zu langsam. Aufgabe einer Partei, die die Zukunft gestalten und nicht nur die nächsten Schritte schmerzlos gehen will, wäre es, den abhängig Beschäftigten deutlich zu machen, dass die bisherige Politik und Wirtschaft die lebenswerte Zukunft der eigenen Kinder infrage stellt. Von einer Regierungspartei wären Initiativen gefragt, die sauberen Energien und Energiegenossenschaften zu fördern oder z.B. den Braunkohleausstieg mit dem Bau von Speichern zu verbinden. Doch dabei müssen sich DIE LINKEN ja als Junior dem Koalitionspartner unterordnen... Ist es ein Wunder, wenn DIE LINKE unter diesen Bedingungen nicht (mehr) für Protest steht?

¹ „CCS und Kohletagebaue in Brandenburg unter Rot-Rot“; <https://www.oekologische-plattform.de/?p=938>

Zukunft der Energieversorgung: „Europa ist selbst schuld, wenn es die Entwicklung verschläft“

Interview mit Malte Daniljuk

Europas Versorgung mit Energie befindet sich im Umbruch. Im Interview mit RT geht der Experte für Energiepolitik, Malte Daniljuk, auf die globalen Entwicklungen in der Außenpolitik und auf den Energiemärkten ein. Den Preissturz bei Erdöl und die Ukraine-Krise sieht er als Ausgangspunkte für strategische Veränderungen in der Energiepolitik.

Herr Daniljuk, trotz hochtrabender Pläne und großer Ambitionen beim Klimaschutz und für den Ausstieg aus fossilen Energien stiegen im letzten Jahr die CO₂-Emissionen in Europa, während sie in den USA sogar rückläufig waren.... Ist das ein un- ausweichliches Ergebnis umfassender Planwirtschaft oder steckt da mehr dahinter?

Grundsätzlich verfolgt die Europäische Union energiepolitische Ziele, die sich vollkommen widersprechen. Einerseits haben die EU-Staaten in Paris ambitionierte Klimaziele unterzeichnet, andererseits befördert die Kommission eine Energieunion, die im Wesentlichen darauf ausgelegt ist, fossile Energieträger weiterlaufen zu lassen. Dabei geht hauptsächlich um Erdgas, das die Kommission rhetorisch als „Brückentechnologie“ in eine schadstoffarme Zukunft verkauft. Tatsächlich geht es natürlich darum, dass die großen Energiemonopolisten ihre Infrastrukturen weiterlaufen lassen können. Schließlich, und das ist ein dritter Aspekt, bestehen nationale oder regionale Interessen, wie etwa in Frankreich, das den größten Teil seiner Stromversorgung aus Atomkraft bezieht, und daran möglichst nichts ändern will.

Das heißt, es bestehen eine ganze Reihe von strukturellen Hindernissen, wenn es um einen Umbau der europäischen Energieversorgung hin zu modernen regenerativen Versorgungsstrukturen geht. Die europäische Energiepolitik scheitert aber eben nicht daran, dass es zu viel „Planwirtschaft“ gibt. Im Gegenteil: Die Länder, die eine eher zentralistische Policy-Planung im Energiebereich betreiben, etwa die USA oder China, schaffen es viel schneller, große industriepolitische Umbrüche zu managen. Ich meine, man muss sich nur vor Augen halten, dass der Anteil von erneuerbaren Energien nirgends schneller

wächst als in China. Die USA, wo Energiepolitik als Frage der Nationalen Sicherheit behandelt wird, haben es innerhalb von zehn Jahren geschafft, eine völlig neue Erdöl- und Erdgasindustrie aus dem Boden zu stampfen. Sie waren 2015 der weltgrößte Förderstaat sowohl bei Erdöl als auch bei Erdgas.

In Europa stagnieren die Zuwächse bei regenerativen Energien. Woran liegt das?

Verglichen mit den USA oder China herrscht in Europa weiter Kleinstatelei. Zudem rächt sich jetzt, dass in den 1990ern die ehemals staatlichen Energieversorger privatisiert wurden. Wir haben es jetzt mit zahlreichen regionalen Monopolen zu tun, auf die die jeweiligen Regierungen aber keinen direkten Zugriff mehr haben. Man muss sich nur klarmachen, dass mit Vattenfall ein ehemaliges Staatsunternehmen aus Schweden in Deutschland weiter Holz und Kohle verstromt. Technisch gesehen ist das mittelalterlich, aber weder die deutsche noch die schwedische Regierung können diesen Irrsinn einfach beenden.

Die EU hat also nach wie vor keine gemeinsame Energiepolitik, und das, obwohl die EU der größte Importeur von Brennstoffen ist und einige EU-Staaten zunächst sehr große Fortschritte bei regenerativen Energien gemacht haben. Im Übrigen ging der Verbrauch von Energie in Europa seit dem Jahr 2007 sehr stark zurück, anders als etwa in den USA oder in China. Das liegt aber neben Fortschritten bei der Energieeffizienz auch an der Wirtschaftskrise, daran dass der Primärenergieverbrauch gesunken ist. Insofern bin ich übrigens auch skeptisch bei den von Ihnen genannten Zahlen. Ich nehme an, der genannte Effekt geht eher auf Veränderungen beim Emissionshandel zurück, als dass die EU-Staaten tatsächlich einen signifikant höheren CO₂-Ausstoß gehabt hätten.

In absoluten Zahlen, und was den Pro-Kopf-Verbrauch betrifft, liegen die USA jedenfalls weit über den europäischen Werten. Die USA, aber auch Kanada und auch Australien, fahren weiter eine hemmungslose Öl- und Gaspolitik, nach dem Motto: „Hauptsache, es brennt“. Und das,

obwohl Barack Obama im Wahlkampf 2008 genau das Gegenteil angekündigt hatte. Ihm scheint zwar Klimapolitik weiterhin ein wichtiges Anliegen zu sein, aber de facto war die Fracking-Politik eine seiner wichtigsten Methoden, um die Wirtschaftskrise zu bewältigen. Die US-Regierung hat die inländische Energieförderung massiv begünstigt, so dass die Energiepreise gesunken sind, und mit ihnen auch die Nettoproduktionskosten. Inzwischen können in den USA aktive Unternehmen sogar beginnen, Erdöl und Erdgas zu exportieren.

Saudi-Arabien hat in den letzten Jahren einen Preiskrieg gegen die US-amerikanischen Fracking-Unternehmen geführt. Das Ziel war es vermutlich, diese neuen Unternehmen aus dem Markt zu drängen. Soll die EU etwa durch eine Erhöhung der Abnahmemenge eine Art Rettungsprogramm für die US-Industrie aufbauen?

Die Annahme, dass Saudi-Arabien eine Politik gegen US-Unternehmen betreibt, ist in den vergangenen zwei Jahren gerne verbreitet worden. Man muss sich aber klar machen, dass die Verbindung zwischen beiden Staaten, also der Deal „Öl gegen Sicherheit für die arabische Halbinsel“, auf das Jahr 1945 zurückgeht. Seitdem haben beide Länder bei allen zentralen sicherheitspolitischen Herausforderungen zusammengearbeitet. Sei es bei dem Aufbau der Mudschahedin in Afghanistan ab 1979 oder beim Ölpreissturz ab 1986, der die damalige Sowjetunion pro Jahr 20 Milliarden Dollar an Exporteinnahmen gekostet hat. Wenn es um Sicherheits- oder um Energiepolitik geht, passt kein Blatt zwischen diese Partner. Dazu haben sie aus der Vergangenheit zu viele gemeinsame Leichen im Keller, no way...

Also juckt der Fracking-Boom die Saudis gar nicht?

Die Strategie, den Ölpreis zum Einsturz zu bringen, ist eine abgesprochene und gemeinsame Politik zwischen Saudi-Arabien und den USA. Die Leidtragenden, das ist inzwischen nicht mehr zu übersehen, sind andere Förderstaaten, ich nenne jetzt nur mal Aserbaidschan, Brasilien, Russland oder Venezuela, und ihre staatlichen Erdölgesellschaften. Wir haben gerade erlebt, wie Saudi-Arabien, wenig überraschend, auf dem letzten Opec-Treffen gemeinsame Absprachen für einen höheren Ölpreis verhindert hat. Die Preise wer-

den erst wieder auf das alte Niveau vom ersten Halbjahr 2014 steigen, wenn in Algerien, Brasilien, Russland oder Venezuela ein Regime-Change stattgefunden hat und die dortigen Ölgesellschaften von den internationalen Multis privatisiert wurden.



Gebiete mit Schiefergaspotenzialen in Deutschland (in orange).

Was die EU betrifft, hat Ihre Vermutung aber eine sehr reale Grundlage: Seitdem die Öl- und Gasförderung in den USA gestiegen ist, also spätestens seit dem Jahr 2011, gab es die Frage, wohin die dort aktiven Unternehmen eigentlich Energieüberschüsse exportieren können. Die Antwort zielte von Anfang an auf den größten Energieabatzmarkt der Welt, auf Europa. Bereits in den ersten energiepolitischen Diskussionen in dieser Zeit ging es darum, etwa Flüssiggas aus den USA und Kanada in die EU zu exportieren. Darauf hat sich die gesamte Fracking-Industrie ausgerichtet, und natürlich auch die Dienstleister, also Reedereien und Raffinerien. Inzwischen hat Barack Obama die „Energiesicherheit Europas“ sogar in der Nationalen Sicherheitsstrategie verankert, das heißt, alle Institutionen und Parteien müssen dieses Ziel unterstützen, auch über seine Legislaturperiode hinaus. Die Fracking-Exporte in die EU sind also erstens lange geplant und zweitens absolute außenpolitische Priorität.

Also doch ein Rettungsprogramm in eigener Sache?

Vielleicht ist „Rettungsprogramm“ nicht das richtige Wort, weil es sehr reaktiv klingt. Eine wirkungsvolle energiepolitische Strategie muss vom Bohrloch bis zum Endabnehmer reichen. Es war also spätestens im Jahr 2012 klar, dass die amerikanische Außen- und Energiepolitik versuchen muss, andere Anbieter, namentlich Russland, vom europäischen Energiemarkt zu verdrängen. Das hat etwa Leonardo Maugeri, ein ehemaliger Manager des italienischen Energieunternehmens ENI, schon früh festgestellt. Obama hat dafür einen eigenen Spezialbeauftragten im Außenministerium eingesetzt, David Goldwyn, der diese Strategie schon 2012 recht offen in der New York Times vorgestellt hat.

Das ist ein Aspekt, der auch bei den Ursachen für die Ukraine-Krise sicher nicht vergessen werden darf. Barack Obama hat später das Fallbeispiel Ukraine einmal eine „Blaupause für die Verbindung von Außen- und Energiepolitik“ genannt. Obama gilt als Exponent einer „realistischen Außenpolitik“. In dieser Tradition sind Ressourcen und Technologien wichtige Instrumente der Außenpolitik, d.h. zu seiner Fracking-Politik gab es von Anfang an auch außenpolitische Überlegungen.

Mit der Ukraine-Krise haben Teile der EU-Bürokratie sofort die „Versorgungssicherheit“ bei Energiefragen thematisiert. Die Argumentation lautet ungefähr: Weil Russland unkalkulierbar und gefährlich ist, müssen die EU-Staaten sich nach sicheren Anbietern umschauchen. Donald Tusk und die Staatschefs aus Polen und den baltischen Republiken haben diese Argumentation schon ab 2012 gefahren. Aber nachdem die Bewohner der Krim sich entschieden hatten, unter die Verwaltung der Russischen Föderation zurückzukehren, lag in Brüssel sofort das Konzept für eine „Energieunion“ auf dem Tisch, die genau darauf abzielte, Pipelineimporte von russischen Anbietern durch Flüssiggas aus Übersee zu ersetzen, also Fracking-Importe aus den USA, Kanada und auch Australien zu ermöglichen. Der Witz daran ist natürlich, dass die einzigen, die jemals die Versorgungssicherheit von EU-Staaten gefährdet haben, verschiedene ukrainische Regierungen waren, die illegal Gas aus der Bratstovo-Pipeline entnommen haben oder sich einfach weigerten, die Gebühren zu zahlen.

Das Schreckgespenst einer vermeintlichen „Abhängigkeit von Russland“ hilft dabei, der EU Fracking-Gas zu verkaufen. Frankreich diskutiert aktuell über ein mögliches Importverbot für Fracking-Produkte. Weiß da eine Hand nicht, was die andere tut, oder ist das ein gezielter französischer Affront in Richtung Washington?

Ja, dieser Aspekt spielt sicher eine Rolle. Aber natürlich stehen dahinter auch nationale Interessen, in Frankreich ganz sicher die Atompolitik. Das betrifft aber auch Österreich, die Schweiz und Deutschland, deren Unternehmen gemeinsam im Nordstream2-Projekt stecken, dass durch die Sanktionen und die Brüsseler Energieunion zwischenzeitlich gefährdet war. Natürlich haben Wintershall und Eon ein Interesse daran, dass dieses Projekt weiter läuft, zumal es außenpolitisch, aber auch, was Umwelt- und Klimaziele betrifft, sehr viel sinnvoller ist, als Flüssiggas aus den nordamerikanischen Fracking-Regionen zu importieren. Insofern war ich eher positiv überrascht, dass zumindest Teile der Bundesregierung, also der Wirtschafts- und der Außenminister, das Projekt wiederbelebt haben.

Auf der anderen Seite stehen die baltischen Staaten, Polen, aber auch Norwegen oder Kroatien, die die Brüsseler Energieunion im eigenen Interesse unterstützen. Dabei geht es nicht darum, dass das energiepolitisch sinnvoll wäre, sondern darum, neue Infrastrukturen zu schaffen, an denen neue Akteure ihre Tantiemen abgreifen können. Ich meine, es gibt ja kaum einen Funktionär in Brüssel, der offensichtlicher in Vorwürfe wegen Korruption verstrickt ist, als der Kommissar für Energie und Umwelt, Miguel Arias Cañete.

Insofern würde ich davon ausgehen, dass bestimmte Länder auf diese neue Flüssiggasstrategie einsteigen. Die baltischen Republiken und Polen haben schon entsprechende Terminals gebaut. Kroatien wird sicher folgen. Andere Länder, wie Deutschland, werden weiter über die Pipeline-Verbindungen aus Russland Erdgas beziehen. Insofern diversifiziert sich das Angebot, vor allem bei Gas, und wir können sicher noch eine Weile mit niedrigen Preisen rechnen. Die Frage ist natürlich, bis wann sich das für Anbieter aus Übersee noch lohnt.

Im November wird in den USA ein neuer Präsident gewählt. Welche Konsequenzen sind vom Ausgang

der Wahl für die USA und für die Energiepolitik der EU zu erwarten? Mit mehr Markt, weniger politischer Gängelung oder mehr an eigenständigen Entscheidungen ist wohl eher nicht zu rechnen?

Nein, welche Auswirkungen ein Wechsel im Weißen Haus auf die Energiepolitik hat, konnten wir schon nach 2009 sehen. Barack Obama und Joe Biden hatten nicht weniger als den vollkommenen energiepolitischen Umbruch angekündigt. Sie wollten grüne Energien fördern und die Preise senken. Kaum waren sie im Amt, haben sie die Energiepolitik weitergefahren, die unter George Bush angelegt wurde. Fracking ist das dreckigste und umweltschädlichste Verfahren, das die Welt je gesehen hat. Alleine die Klimabelastung liegt durch die unkontrollierten Ausstritte von Gas, hauptsächlich Methan, noch deutlich über der Klimabelastung von Kohle.

Um zu verstehen, wie diese Kontinuität funktioniert, muss man sehen, dass Energiepolitik in den USA eine Angelegenheit der Nationalen Sicherheit ist. Was in der National Security Strategy festgelegt ist, kann der Amtsnachfolger nicht einfach abschaffen. Er oder sie kann vielleicht Dinge hinzufügen, aber das politische System ist darauf angelegt, Projekte über mehrere Legislaturperioden verfolgen zu können. Zudem wachen im konkreten Fall einige wirklich wichtige Machtgruppen darüber, dass diese Abmachungen eingehalten werden. Exxon und Chevron, bzw. ihre Vorgänger aus der Standard Oil, haben in den USA schon Politik gemacht, als die Großväter der heutigen Politiker noch gar nicht geboren waren. Also, auch wenn Bernie Sanders Präsident werden sollte, wird er kaum eine Möglichkeit haben, etwas Grundsätzliches an der Energiepolitik zu ändern. Bei den anderen Kandidaten dürfte nicht einmal der Wille dazu vorhanden sein. Die US-Debatte behandelt das „Fracking-Wunder“ als den größten wirtschaftspolitischen Erfolg seit Jahrzehnten. Von ihrer strategischen Bedeutung ist sie vielleicht mit der IT-, der Rüstungsindustrie oder der Finanzindustrie zu vergleichen. Never change a running system.

Das politische Vertrauen zwischen der EU und Russland hat auch in Energiefragen gelitten. Welchen Stellenwert wird der europäische Markt noch für die Russische Föderation haben, jetzt, wo es eine intensivere Zusammenarbeit etwa mit China oder Indien gibt?

Ich denke, das ist eine der großen Zukunftsfragen der Energiepolitik. In den letzten Jahren haben die russischen Energieunternehmen bereits engere Beziehungen zu China aufgebaut. Unternehmen aus beiden Ländern arbeiten an der Ausweitung der Pipeline-Verbindungen, aber CNPC und chinesische Banken beteiligen sich auch an den Zukunftsprojekten, etwa am Yamal LNG-Projekt. Russland ist inzwischen Chinas größter Erdöllieferant. Die westlichen Sanktionen zielen darauf ab, russische Unternehmen von Kapital und Technologie abzuschneiden.

China hat auf der anderen Seite das Problem, dass es mit seinen Auslandsdirektinvestitionen gigantische Verluste hinnehmen musste. Das betraf die Energieinvestitionen in Libyen und im Südsudan. Aber auch in Syrien oder bei den Sanktionen gegen den Iran zahlte China den höchsten Preis. In der US-Außenpolitik besteht schon seit einigen Jahren ausdrücklich die Richtlinie, jede Internationalisierung chinesischer Unternehmen zu bekämpfen. Ich nehme an, dass die Parteiführung um Xi Jinping auch vor diesem Hintergrund seit Ende 2013 außenpolitisch eher auf ein inkrementelles Wachstumsmodell setzt. Die Initiative „One Belt, One Road“, also das neue Seidenstraßenprojekt, zielt genau darauf ab, einen geografisch zusammenhängenden Korridor auf dem eurasischen Kontinent zu entwickeln. Das stellt, weit über Energiefragen hinaus, natürlich auch eine wichtige Zukunftsoption für die EU-Staaten dar, eine Alternative zur stärkeren transatlantischen Integration, etwa durch TTIP. Insofern bin ich auch kein Prophet, wenn ich voraussage, dass die US-Außenpolitik ihre Bastionen in Nordost-Asien¹ niemals räumen wird. Ein Rückzug der USA aus Afghanistan und Pakistan, also aus den Gebieten zwischen Europa, Russland und China, wird nicht stattfinden. Zum anderen sind die russischen Unternehmen natürlich weiter existentiell auf den europäischen Markt angewiesen, einfach weil der Verbrauch in den OECD-Staaten weiterhin sehr hoch ist und bereits Investitionen in Pipelines und andere Infrastrukturen erfolgten. Der Absatzmarkt Europa bleibt, neben dem Weltmarktpreis, weiterhin extrem wichtig für die russische Wirtschaft.

1 Afghanistan und Pakistan sind definitiv nicht Nordostasien. Das wäre nur Japan und Teile von Russland. (Red.)

Auch in der Türkei misstraut man den Europäern, nicht zuletzt seit den Unstimmigkeiten rund um die Visafreiheit im Rahmen des Flüchtlingsdeals. Das Land galt selbst nach der Verschlechterung der russisch-türkischen Beziehungen noch als große Hoffnung bei der möglichen Versorgung der EU, vor allem mit Blick auf die zentralasiatischen Ressourcen. Sind in dieser Region weitere Verwerfungen im Energiebereich zu erwarten?

Diese Verwerfungen sind ja bereits deutlich eingetreten. Nachdem Brüssel das South-Stream-Projekt erfolgreich torpediert hatte, bot die russische Regierung der Türkei an, mit Turkish Stream zu einem Versorgungshub für Erdgas in Südeuropa zu werden. Nun ist die Türkei ein NATO-Staat und verfolgt im Nachbarland Syrien ausdrücklich andere Interessen als die Russische Föderation. Aber ehrlich gesagt, wäre Turkish Stream für die Türkei ein sehr viel wirkungsvolleres, langfristiges und zivileres außenpolitisches Projekt geworden, als den EU-Staaten mit Flüchtlingswellen zu drohen. Die Regierung Erdoğan hat, das ist zumindest meine Einschätzung, ein wirklich wertvolles Projekt für die wirtschaftspolitische Integration zwischen Russland und Europa leichtfertig ausgeschlagen. Natürlich bleibt abzuwarten, wie die Entwicklung in den zentralasiatischen Ländern, in Kasachstan aber auch Aserbaidschan weitergeht. Die US-Außenpolitik arbeitet seit Jahrzehnten daran, dort eine möglichst große Unabhängigkeit von Russland zu schaffen und damit, natürlich, auch die Erdöl- und Erdgasressourcen unter Kontrolle zu bekommen. Die jetzt begonnene Trans Adriatic Pipeline, das TAP-Projekt, wird genau diese Funktion erfüllen, nämlich Erdgas aus dem Kaspischen Meer nach Südeuropa zu transportieren. Und schließlich dürften in der Türkei einige darauf spekulieren, dass man in unbestimmter Zukunft die Landverbindung zwischen Europa und den Golfstaaten kontrolliert. Viele gehen davon aus, dass dies die konkrete Motivation für die Golfstaaten und die Türkei ist, mit Milliardensummen den Bürgerkrieg in Syrien zu schüren. Wenn wir zugrunde legen, dass Katar und auch Saudi-Arabien seit Jahren eine direkte Pipeline-Verbindung in die EU schaffen wollen, dann könnte man den Syrien-Krieg teilweise als eine solche „Verwerfung im Energiebereich“ verstehen, wobei das ganz sicher nicht die einzige Motivation für den Versuch ist, die Regierung Assad zu stürzen.

Welche Trends werden aus Ihrer Sicht im Laufe der nächsten 20 Jahre die Energiepolitik in Europa bestimmen?

Ich gehe davon aus, dass wir gerade eine Neuordnung der weltweiten Energiepolitik erleben. Ein wichtiges Instrument für diese Neuordnung sind die niedrigen Energiepreise. Sie werden die Beziehungen zwischen Förderstaaten und ihren Energieunternehmen auf der einen Seite, und den großen Verbraucherländern und ihren International Oil Companies auf der anderen Seite völlig neu gestalten. Wir sind Zeugen einer grundsätzlichen Machtverschiebung zwischen Ländern wie Russland, Brasilien und Venezuela, um nur die politisch auffälligsten zu nennen, und den großen Nettoimporteuren in den Europa, den USA und Asien. Die großen Nettoimporteure kontrollieren gleichzeitig das Kapital und die Technik, auf welche die Förderstaaten angewiesen sind.

Ich denke, die Golfstaaten halten diesen finanziellen Abnutzungskrieg gegen Russland und andere Förderstaaten noch etwa fünf Jahre durch. Zudem haben sie bei den internationalen Finanzinstitutionen wie dem IWF und der Weltbank eine unbegrenzte Kreditlinie. Insofern würde ich vermuten, dass wir noch mindestens bis zum Jahr 2020 in einer Phase der relativ niedrigen Preise für Öl und Gas leben werden, mit allen negativen Folgen, die das für die Umwelt und für bestimmte Förderstaaten hat.

Niemand bezweifelt, dass die Preise für dieses begrenzte Gut, die fossilen Energieträger, dann wieder steigen werden, und zwar höher als jemals zuvor. Insofern ist die Volksrepublik China auf dem richtigen Weg, mit ganzer Kraft regenerative Energien zu entwickeln. Und wenn die EU-Staaten ihren Entwicklungsvorsprung in diesem Bereich aufgeben, sei es aus Dummheit oder wegen der Korruption in der Kommission und wegen der Interessen der großen Versorgungsunternehmen, dann sind sie wirklich selbst daran schuld, wenn sie irgendwann bei den internationalen Multis die Preise zahlen müssen, die dann aufgerufen werden.

Das Interview führte RT Deutsch-Redakteur Ali Özkök. Es wurde veröffentlicht unter: <https://deutsch.rt.com/wirtschaft/38582-zukunft-energieversorgung-europa-ist-selbst/>

Der Moloch

Eva Lehmann-Lilienthal

Er raubt den Rosen die Dornen und den Duft dass
Sie verfaulen noch in der Knospe.
Er stiehlt das Nahrungsland den Rosenbäuerinnen dass
Sie die verkrüppelten Rosen binden müssen zu Sträußen die
Er schüttet über die Länder des Nordens.

Unsichtbar unhörbar zieht er sich krakenartig über
Die Länder wie zäher Schleim allesverschlingend walzt
Er die fruchtbaren Felder mit ihren Hecken und Gräben
Nieder zu riesigen gelben Flächen:
Stummes Land ohne Vögel Bienen und Duft.

Langsam weich und klebrig kriecht er
Den Menschen unter die Haut dass
Sie die leisen Winde und die Wärme des Nächsten nicht mehr fühlen.
Er findet Eingang ohne Widerstand in ihre Glieder dass
Diese steif werden und nur noch Knöpfe drücken können.

Unaufhaltsam nähert sich der Moloch den Herzen der Menschen zwingt
Sie zu monotonen Schlägen dass
Sie Liebe und Trauer nicht mehr spüren
Vergiftet ihre Hirne und Augen dass
Sie die verkrüppelten Rosen als schön empfinden.

Bis - die Rosenbäuerinnen erkennen den Diebstahl nehmen
Zurück ihren Boden und züchten eigene Rosen mit
Kräftigen Dornen und betörendem Duft die
Entfalten jede Knospe zu großartiger Blüte und
Sterben wenn ihre Zeit gekommen ist.

Bis die Ackerbauern sich besinnen
Ihrer Herkunft besetzen
Das verstummte Land und schaffen ihm
Wieder Gerüche Laute Getier und
Essbare Früchte.

Bis alle Menschen sehen dass
Sie fauligen Rosen hinterherjagen ausschwemmen
Das Gift ihren Adern und Hirnen und leben
Mit erblühenden Rosen die
Stark sind durch ihre Dornen.

Fluchtursache der Zukunft: Klimawandel¹

Auszug aus Katja Kipping: Wer flüchtet schon freiwillig? Die Verantwortung des Westens oder Warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss. S. 51-59

Im August 2005 fegte der Hurrikan Katrina mit vernichtender Gewalt über den Südosten der USA. Infolge des Sturms verloren 1 800 Menschen ihr Leben. Doch nicht nur die pure Gewalt des Hurrikans kostete in diesen Tagen in der Stadt New Orleans Menschenleben. Durch die Naturkatastrophe wurden die tiefer gelegenen Stadtteile, in denen überwiegend die Ärmere lebten, überschwemmt. In New Orleans verbindet eine Brücke die tiefer gelegenen mit den höher gelegenen, weniger von Überschwemmung bedrohten Stadtteilen. Als nun die Menschen aus den überschwemmten Gebieten auf Suche nach Schutz diese Brücke überqueren wollten, entfachten sie die Angst der reicheren Stadtbewohner*innen. Getrieben von der Furcht, es handele sich bei den vor der Überschwemmung Fliehenden um Plünderer, stellten sich Polizei und Bürgerwehren den über die Brücke laufenden Flutopfern in den Weg und versuchten, sie mit Warnschüssen zu vertreiben. Doch in den Tumulten sollte es nicht nur bei Warnschüssen bleiben. Mehrere Menschen, die auf der Flucht vor der Überschwemmung waren, wurden getötet. Es gibt bisher für keinen der Fälle eine Verurteilung wegen Totschlags oder Mords.

Man stelle sich nun einmal vor, diese Szenen würden, dramaturgisch gut aufbereitet, in einem Film (womöglich wenige Wochen nach einer größeren Überschwemmung der Elbe) im Fernsehen laufen. Sicher würden die Zuschauer in deutschen Wohnzimmern mit den Flutopfern mitleiden. Die Empörung über die Kältherzigkeit in den USA wäre groß. Und wahrscheinlich wären wir alle ein bisschen stolz darauf, dass wir hier in Deutschland auf Naturkatastrophen wie die großen Überschwemmungen in den Jahren 2002 und 2013 mit einem großen Wir-Gefühl und einer Welle der Solidarität und der gegenseitigen Fluthilfe reagiert haben.

Doch das, was in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina passierte, ist vergleichbar mit dem Wesen des europäischen Außengrenzregimes. Mit einem Unterschied: In New Orleans wurden Flutopfer getötet, weil sie eine Brücke überschreiten wollten, während hier Umweltflüchtlinge ihr Leben riskieren, wenn sie die EU-Außengrenze überschreiten wollen.

Auswirkungen des Klimawandels

Inzwischen ist klar, der Klimawandel wird durch die von Menschen produzierten Emissionen hervorgerufen. Doch diese Erkenntnis wurde lange Zeit bekämpft. Ich erinnere mich noch gut an eine verkehrspolitische Debatte im Sächsischen Landtag vor über zehn Jahren. Meine Fraktion hatte die sozialen, ökonomischen und ökologischen Auswirkungen eines Autobahnneubaus evaluieren lassen. Dabei ging es mir darum, die ökologischen Auswirkungen einer auf das Auto konzentrierten Verkehrspolitik zu verdeutlichen. Der Redner der CDU machte sich nicht die Mühe, sich sachlich mit den Fakten auseinanderzusetzen, stattdessen machte er die Fragestellung lächerlich und amüsierte sich köstlich darüber, dass die »Verkehrsmädels« der PDS im Sächsischen Landtag über das »Schmelzen der Pole« reden wollten. Schenkelkatschen in den Reihen der CDU. Offensichtlich sonnte man sich in der Illusion, der Klimawandel habe nichts mit uns zu tun, wo doch die Pole so weit weg sind.

Auch wenn zum Schenkelklopfen neigende konservative Politiker alles Mögliche taten, um sich dieser Erkenntnis zu verweigern, der Klimawandel ist längst nicht mehr nur eine abstrakte Bedrohung, die irgendwann in der Zukunft liegt. Tatsache ist: Die Abgase, die wir tagtäglich produzieren, zum Beispiel dadurch, dass wir Autofahren, sowie die Emissionen aus Industrie und Landwirtschaft befördern heute schon die Erder-

¹ Zentrale Erkenntnisse zu diesem Thema verdanke ich der Doktorarbeit von Lena Kreck: Exklusion/Inklusion von Umweltflüchtlingen (2015). Diese Arbeit liefert einen hervorragenden Überblick über die herrschende Rechtsprechung zum Thema Umweltflüchtlinge, über mögliche erweiterte Auslegungen des bestehenden Rechts im Sinne der Umweltflüchtlinge sowie über Initiativen zur notwendigen Schaffung einer Klimaflüchtlingskonvention.

wärmung. Wobei der Begriff Erderwärmung auf irreführende Weise harmlos klingt. Es geht eben leider nicht darum, dass überall gleichmäßig die Temperatur steigt. Infolge der Erwärmung schmelzen in der Tat die Gletscher und Pole. Damit wird nicht nur den Inuit und ihrer Kultur die Lebensgrundlage entzogen und der Lebensraum von Eisbären zerstört, sondern auch der Anstieg des Meeresspiegels befördert. Und infolgedessen steigt zwangsläufig die Gefahr von Überschwemmungen.² Zudem schluckt der Anstieg des Meeresspiegels unwiderruflich Land, Land, das als landwirtschaftliche Fläche das materielle Überleben sichern sollte. So verschwindet Lebensraum dauerhaft.

Um auf dieses Problem aufmerksam zu machen, veranstaltete die Regierung der Malediven im Jahr 2009 eine Kabinettsitzung unter Wasser. Dazu zwängten sich der Präsident und alle weiteren Regierungsmitglieder in Taucheranzüge und legten Tauchermasken an. Was auf den ersten Blick wie eine witzige Aktion mit aufmerksamkeitsregenden Bildern wirkt, könnte in Zukunft bittere Realität werden. Denn sollte der Meeresspiegel weiter steigen, sind mehrere Inselstaaten des Südpazifiks in Zukunft komplett vom Untergang bedroht.

Angesichts der höheren Temperaturen nimmt zudem die Bewegung der Luftmassen zu. Dies wiederum führt zu einer Zunahme von Wirbelstürmen, Tornados und Hurrikans. Die gestiegene Dynamik der Luftmassen befördert zudem Extremniederschläge, die wiederum Ernten gefährden können oder Flüsse zum Übertreten bringen. Extremniederschläge und die Versauerung des Regens verschlechtern wiederum die Qualität der Böden. Andernorts hingegen führt die Erderwärmung dazu, dass Niederschläge komplett ausbleiben. Infolgedessen wird in einigen Regionen die Landwirtschaft zerstört. Wüsten breiten sich aus. Kurzum: Erderwärmung bedeutet leider nicht

mehr Sonnenschein für alle. Vielmehr nehmen infolge der gestiegenen Temperaturen die Extremwetterlagen zu. So gesehen sollten wir eher über Klimakollaps statt über Klimawandel reden.

Die Folgen des Klimakollapses treffen die armen Länder im globalen Süden mit besonderer Härte. Und das, obwohl vor allem die reichen Industrieländer ihn verursacht haben. Der Bericht des Klimarats der Vereinten Nationen enthält diesbezüglich erschreckende Prognosen: »Die allergrößten Risiken tragen arme und sozial benachteiligte Gruppen. In ärmeren Gesellschaften kann dies den Verlust des Lebens bedeuten oder starke Beeinträchtigungen der Gesundheit. (...) Das Risiko von zusätzlichen Migrationsbewegungen und gewaltsamen Konflikten würde zunehmen.«³ In einem seiner früheren Berichte befasste sich der Klimarat mit den zu befürchtenden Auswirkungen auf Afrika und kam zu dem Fazit: »Afrika gehört zu den ersten Verlierern des Klimawandels. In den kommenden 13 Jahren werden zusätzliche 75 bis 250 Millionen Menschen unter Wassermangel leiden.«⁴

Der Teilnehmer einer Konferenz zu den sozialen Dimensionen des Klimawandels⁵ schilderte die Situation wie folgt: »Wenn unsere Heimat infolge der Klimakatastrophe zu einem Backofen wird, glaubt ihr wirklich, dass wir dann im Backofen sitzen bleiben und warten, bis wir verbrennen beziehungsweise verdursten?«

Der Klimakollaps äußert sich nicht nur in Form von Überschwemmungen und akutem Wassermangel andernorts. In vielen Regionen zerstören die Extremwetterlagen die Lebensgrundlagen. Beispielhaft dafür sind die Schilderungen des Flüchtlings Bonheur, der aus dem Südwesten Kameruns kommt: »In meiner Kindheit konnte man die Regenzeit auf den Tag genau voraussagen. Doch in meiner Jugend erinnere ich mich an Jahre ohne Regenzeit. In der Trockenzeit verbrannte die Sonne die Setzlinge, der Boden wurde immer

2 Immerhin 60 Prozent der Erdbevölkerung leben in einer Distanz von nicht mehr als 100 Kilometern von einer Küste entfernt. Vgl. Kreck 2015, S. 51.

3 Teilbericht 2 des 5. Sachstandsberichts des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change): unter: http://www.bmub.bund.de/file_admin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/ipcc_sachstandsbericht_5_teil_2_bf.pdf S. 2 f. [05.12.2015].

4 Mehr dazu unter: www.bmu.de/klimaschutz/internationale_klimapolitik/ipcc/doc/39274.php [05.12.2015].

5 Konferenz von Bundestagsfraktion DIE LINKE und Rosa-Luxemburg-Stiftung am 03. Juli 2015 »Auf der Flucht vor humanitären Krisen« <http://www.rosalux.de/documentation/53620/auf-der-flucht-vorhumanitaeren-krisen.html> [05.12.2015].



unfruchtbarer. (...) Wenn der Regen endlich kam, spülte er all unsere mühsam erhaltenen Jungpflanzen weg, oder die Bäume wurden durch Schimmelkrankheiten zerstört.«⁶

Bonheur aus Kamerun stammt ursprünglich aus einer Akademikerfamilie. Doch infolge der Krise verloren seine Eltern ihre Arbeit an der Universität. Um sich einen neuen Lebensunterhalt zu verschaffen, beschlossen sie, wie ihre Vorfahren eine Kakaopflanzung zu bewirtschaften. Eine Weile kamen sie damit halbwegs über die Runden. Doch die zunehmenden Extremwetterlagen zogen ihnen zusehends den Boden unter den Füßen weg.

Zusammenspiel von Verwundbarkeit und Klimaveränderung

Gemäß deutschem Recht würde Bonheur kein Asyl gewährt bekommen und nicht als Flüchtling anerkannt werden. Der konservativen Deutung zufolge gilt er schlichtweg als »Wirtschaftsflüchtling«. Mal davon abgesehen, dass es zynisch ist, angesichts des Elends von Wirtschaftsflüchtlingen zu reden, ist die genaue Abgrenzung zwischen Klimaflüchtlingen und sogenannten Wirtschaftsflüchtlingen oft schlichtweg unmöglich. Diese fehlende Trennschärfe ist dem Umstand geschuldet, dass die Flucht nach Europa infolge des Klimawandels sich nur selten monokausal erklären lässt. Die wenigsten verlassen ihre Heimat allein wegen einer Überschwemmung oder einer Dürreperiode. Oft spielen verschiedene Faktoren zusammen. Migration findet schließlich im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Verhältnissen statt. Wobei wir davon ausgehen können,

dass Menschengruppen, die bereits in prekären, unsicheren Verhältnissen leben, von Klimakollaps, Naturkatastrophen und Umweltverschmutzung besonders betroffen sind. Die Veränderung des Klimas beziehungsweise der Umwelt verstärkt die bereits existierende Verletzlichkeit beziehungsweise die bereits existierende Marginalisierung von Menschen noch einmal.

Gäbe es in der Heimat von Bonheur beispielsweise noch viele andere Berufsoptionen jenseits der Landwirtschaft, hätte sich seine Familie wohl auch eine andere Existenz aufbauen können, nachdem die zunehmenden Extremwetterlagen den Kakaoanbau unmöglich machten. Hier zeigt sich: Verwundbarkeiten, die bereits vorher bestanden haben, offenbaren sich infolge möglicher Umweltveränderungen mit besonderer Härte.⁷ Wenn Extremwetterlagen auf extreme Armut treffen, sind die Auswirkungen für die Menschen besonders verheerend. Es ist oft die Kombination aus Umweltzerstörung und dem eklatanten Mangel an demokratischen und sozialen Rechten, die Menschen in die Flucht treibt.

Auch wenn Naturkatastrophen erst einmal keinen Unterschied machen zwischen Millionären und Armen, profitieren doch Arm und Reich unterschiedlich von Katastrophenschutz und Wiederaufbau. Wenn in Kalifornien eine Fertighaus-siedlung der gehobenen Mittelschicht durch Waldbrände zerstört wird, ist das für die Betroffenen natürlich schlimm. In der Regel bekommen sie dann Hotelgutscheine bis zur Wiederherstellung ihres Hauses. Wird dagegen eine Favela, also eine Armensiedlung, von einem Erdbeben begraben, dürfen die Bewohner*innen, die sich natürlich keine Versicherung leisten können, sicherlich nicht auf Hotelgutscheine hoffen.

Eine Stimme, die gehört gehört

Aus der Perspektive einer Verantwortungsethik liegt es auf der Hand: Die reicheren Staaten haben einen Großteil der Emissionen, die den Klimakollaps verursachen, verschuldet. Dessen Folgen wiederum zerstören vor allem in den ärmeren Ländern die Lebensgrundlage von vielen. Vor dem Hintergrund dieser Verantwortung ist es also nicht zu rechtfertigen, Klimaflüchtlinge

⁶ Fasbender 2014, S. 238

⁷ Vgl. dazu Kreck 2015, S. 78.

schlichtweg abzuweisen. Doch in der internationalen Rechtsprechung⁸ gibt es bisher keine Anerkennung von Umweltflüchtlingen. Sie sind somit vielfacher Gewalt ausgesetzt. Erst schlagen die Naturgewalten zu, während der Flucht sind sie nur zu oft Freiwild, und sollte ihnen die Ankunft in einem der reicheren Industrieländer gelingen, schlägt dort die Rechtsgewalt zu. Hier zeigt sich eine »Diskrepanz zwischen Schutzbedürftigkeit und Schutzangebot«.⁹

Am Beispiel der Umweltflüchtlinge wird auch ein grundlegendes demokratisches Defizit der aktuellen Staatenordnung deutlich: Die besonders Betroffenen haben keinerlei Mitspracherecht. Wird in deutschen Kommunen der Flächennutzungsplan geändert, sieht das Gesetz die Beteiligung aller Anwohnerinnen und Anwohner vor. Schließlich sollen alle, die potentiell davon betroffen sein könnten, ihre Einwände formulieren dürfen. Dazu liegt die geplante Änderung einige Zeit in den Ortsämtern aus. Diese Beteiligungsmöglichkeit wird zwar in der Regel nur dann breit genutzt, wenn es einen politisierten Konflikt und eine aktive Bürgerinitiative vor Ort gibt. Aber immerhin ist das ein demokratisches Instrument und eine Möglichkeit zur Beteiligung in der Kommunalpolitik.

Menschen hingegen, deren Heimat von Umwelt- und Klimaveränderungen negativ beeinflusst wird, ja, deren Lebensgrundlage womöglich sogar dadurch zerstört wird, haben allerdings keinerlei (Mitsprache-) Rechte. Sie haben weder Mitspracherechte, wenn es um Abgasnormen für die Industrie geht, noch genießen sie nach einer überstandenen Flucht in Europa Rechte. So sie keine direkte politische Verfolgung nachweisen können, droht vielmehr die umgehende Abschiebung. Doch anstatt diesen Menschen jegliche Perspektive zu verweigern, sollten die reichen Industrienationen lieber genau hinhören.

Die Geschichten der Umweltflüchtlinge verdichten sich in einer Stimme, die gehört werden muss. So verschieden ihre Fluchtgeschichten auch sind, die Umweltflüchtlinge sind alle (bewusst oder unbewusst) Überbringer einer Botschaft: Wenn wir nicht grundlegend umsteuern, wenn die Umweltzerstörung so weiter läuft, wird auch unsere Lebensgrundlage nach und nach zerstört.

Und die Extremwetterlagen, deren Folgen Menschen in die Flucht treiben, werden nicht von alleine abnehmen. Im Gegenteil, es steht zu befürchten, dass sie im Zuge von steigenden Emissionen und damit steigenden Temperaturen noch häufiger auftreten. Bis jetzt ist der reichere Teil der Welt, der globale Norden, verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Doch es gibt keine Garantie für ihn, dass das so bleibt. Schließlich häufen sich inzwischen auch in Europa und den USA die zerstörerischen Naturkatastrophen. Und sogenannte Jahrhunderthochwasser treten mittlerweile im Zehn-Jahres-Rhythmus auf. Der aktuelle Bericht des UN-Klimarats prognostiziert zudem eine deutliche Gefährdung für Europa durch den Klimawandel. So werden in Europa »die ökonomischen Schäden und die Zahl der betroffenen Menschen durch Hochwasser an Flüssen und Küsten zunehmen«. Zudem steht auch in Europa zu befürchten, dass »Hitzewellen künftig zu größeren gesundheitlichen Problemen und erhöhter Sterblichkeit führen«.¹⁰

Die Umweltfrage führt uns ergo in aller Dringlichkeit, ja, in aller Brutalität vor Augen, dass wir, die wir auf diesem Planeten leben, eine grenzübergreifende »Schicksalsgemeinschaft« sind. Das Gebot der Stunde lautet also Umweltschutz und Klimagerechtigkeit. Das ist nicht nur eine ökologische Frage, sondern auch eine Frage sozialer und globaler Gerechtigkeit.

Doch ungeachtet dessen schreiten der Ressourcenverbrauch und die Produktion von Emissionen

8 Allerdings gibt es einige wissenschaftlichen Interventionen für eine erweiterte Auslegung der bestehenden Flüchtlingskonventionen sowie die Nasen-Initiative, die auf Anregung der norwegischen und schwedischen Regierung 2012 gestartet wurde. Dieser Verständigungsprozess zum Thema Umweltflüchtlinge sah Konferenzen auf den verschiedenen Kontinenten zu dem Thema vor. Bei den bisher durchgeführten Konferenzen wurde die weltweite Brisanz des Themas deutlich.

9 Kreck 2015, S. 171.

10 Teilbericht 2 des 5. Sachstandsberichts des IPCC: unter http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klima_schutz/ipcc_sachstandsbericht_5_teil_2_bf.pdf S. 2 f. [05.12.2015].

fort. Die OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) prognostiziert deshalb bis 2050 weltweit eine Zunahme der CO₂-Emissionen um 70 Prozent. Die globale Klimapolitik scheitert seit Jahren an dem Ziel einer effektiven Verringerung des CO₂-Ausstoßes, weil mächtige Konzerninteressen dem entgegenstehen und kein Land bereit ist, einseitig Schritte zu gehen – und so Nachteile in der globalen Konkurrenz in Kauf zu nehmen. Wenn es um Patente und die Privatisierung von Wissen geht, legt die Wirtschaft ja bekanntlich großen Wert auf Urheberrechte. Wenn es jedoch um Umweltzerstörung geht, will die Wirtschaft nichts von Urheberpflichten wissen. Man stelle sich nur einmal vor, alle Konzerne wären verpflichtet, für die von ihren Emissionen verursachten Umweltschäden aufzukommen. Wenn alle »externen Kosten« von ihren Verursachern übernommen werden müssten: Wir

können nur ahnen, wie schnell dann in umweltfreundlichere Produktion investiert werden würde. Doch die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen: Nur in großen Weltwirtschaftskrisen konnten Ressourcenverbrauch und Emissionen deutlich gesenkt werden. Auch der Traum von einem »grünen Kapitalismus« durch neue, ressourceneffiziente Technologien ist demnach kein Ausweg aus der Mehrfachkrise des kapitalistischen Wachstums. Denn die Einspareffekte bei Ressourcenverbrauch und Emissionen würden umgehend durch steigenden Konsum und weiteres Wirtschaftswachstum wieder zunichte gemacht. Die kanadische Globalisierungskritikerin und Schriftstellerin Naomi Klein hat es insofern in ihrem Buch *Die Entscheidung – Kapitalismus vs. Klima* (2015) auf den Punkt gebracht: Kapitalismus oder Klima – wir müssen uns entscheiden.

Monsieur le Capital und Madame la Terre. Blauer Planet im Würgegriff

Rezension von Götz Brandt



Prof. Gerhard Armanski hat ein Kaleidoskop sozialökologischer Gesellschafts- und Kulturgeschichte in Zusammenhang mit den Umweltkrisen bis hin zu Lösungsvorschlägen für die Zukunft der Erde geschaffen. Wer Freude an philosophischer Sicht

und Diktion hat, wird die 255 Seiten mit Genuss lesen. Armanski ist Marxist im Sinne der Weiterentwicklung und heutiger Nutzbarmachung marxistischer Theorie. Bemerkenswert sind seine umfassenden Kenntnisse der Kultur- und Sozialgeschichte in Verbindung mit der Naturnutzung. Auf den ersten 45 Seiten wird ein Überblick zur „Fieberkurve“ der Übernutzung der Erde gegeben: Klimawandel, Artenschwund, Bodenerosion, Meeresspiegelanstieg, Gentechnologie, Trinkwassermangel, Korallenbleiche, Regenwaldabholzung bis hin zur elektromagnetischen Strahlung von Handys. Diese Auflistung findet man auch in anderen aktuellen Veröffentlichungen, allerdings

hat Armanski das gut belegt und eindringlich geschildert.

Es folgt ein kurzes Kapitel zum „grünen Kapitalismus“, in dem bewiesen wird, dass ein ökologischer Kapitalismus nicht möglich ist. Leserinnen und Lesern, die sich über

dieses Problem näher informieren wollen, sei das Buch „Kritik der grünen Ökonomie“ von Fatheuer, Fuhr und Unmüßig empfohlen (siehe Rezension in der Tarantel Nr. 72).

Auf den folgenden 70 Seiten wird die „Natur in Geschichte und Gesellschaft“ behandelt. Beginnend mit einem Rückblick ins archaische Erbe wird der Wandel der Naturbetrachtung in Hinblick auf das Soziale, die Naturwissenschaften, die Philosophie und Poesie untersucht. Ebenso die Wandlung der Ansichten in der Kulturgeschichte des Natur-Mensch-Tier-Verhältnisses. Auch das



Verhältnis von Kirche und Natur wird breit behandelt. Der Leser findet hier neue Zusammenhänge, Denkanstöße, Einsichten und Schlussfolgerungen. Eine Kritik der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise schließt sich an. Armanski kommt zu Schluss, dass die kapitalistische Wirtschaft die Natur vernichten wird, wenn sie nicht gestoppt werden kann. Er untersucht die „Mentalität der herrschenden Produktions- und Lebensform“. Nicht nur die gewachsene Trennung der Menschen von der Natur, sondern auch die große Kluft zwischen ökologischen Einsichten und entsprechendem Handeln wird erhellt.

In einem eingefügten Kapitel zur Umweltkrise werden die „Menetekel“, die bereits zu Beginn aufgezählt und beschrieben wurden, noch einmal in ihrer Wirkung und Gefahr für den Fortbestand der Menschheit aufgezeigt: Abschmelzen der Polkappen und Gletscher, Korallenbleiche, Verschwinden der Regenwälder, kranke Pflanzen- und Tierwelt, Leitbild Auto usw.

Anthropo- und Ökozentrismus führen manchmal zu extremen Forderungen. Armanski legt offen, dass die Regelkreise der Natur auch ohne den Menschen funktionieren, was aber Menschen

nicht veranlasst, die Systemfrage zu stellen. Grüne Politik verlangt aber politische Aktionen und einen Strukturwandel. Kapitalistische Wachstumsdynamik in Produktion und Konsumtion müssen durchbrochen werden. Den Problemen der ökologischen Befreiung der Menschheit widmet Armanski mehrere Kapitel und beleuchtet diese Problematik von allen Seiten. Es schließt sich ein Abschnitt an, der die zukünftigen Ausichten der Ökologiebewegung untersucht. Grundlage der Untersuchungen sind die Rechte künftiger Generationen und der Natur. Wenn dem gegenwärtig vorherrschenden Profitmotiv nicht mindestens Zügel angelegt werden, werden die Ausplünderung des Planeten und die Ausbeutung der Menschen weiter voranschreiten. Armanski Vorschläge, wie der Kampf für die Erhaltung der Natur zu organisieren wäre, welche Methoden anzuwenden seien und welche psychologischen Einsichten zu nutzen wären, sind für die Ökologische Plattform bei der LINKEN als Kompendium zu nutzen.

Armanski, Gerhard: Monsieur le Capital und Madame la Terre. Blauer Planet im Würgegriff. 2015. ISBN 978-3-89691-721-9, 24,90 €

Wörterbuch Klimadebatte

Rezension von Götz Brandt

Unter Leitung von Sybille Bauriedl (Hrsg.) haben sich 27 bekannte Autoren zusammengefunden, um 41 Schlüsselbegriffe der Klimadebatte zu erklären. Es wurden Begriffe ausgewählt, die zum einen „die Problemwahrnehmung des Klimawandels festschreiben“, zum anderen „die Lösungsstrategien zur Bewältigung des Klimawandels festlegen“, die „Chancen des Klimawandels betonen“ und letztlich „die bevorzugten Gestaltungsformen des Klimawandels kritisch reflektieren“. Zum Beispiel finden sich Begriffe wie Anthropozän, Bioökonomie, Energiewende, Geoengineering, globales Umweltmanagement, Klimaanpassung, Nachhaltigkeit, Planetarische Grenzen, Raumschiff Erde und viele weitere Begriffe. Für jeden untersuchten Begriff sind auf wenigen Seiten eine Begriffserklärung, die Herkunft des jeweiligen Begriffes, seine politische Einordnung

und seine Wirkung in der Klimadebatte zu finden. Die Autoren bemühen sich um eine objektive und neutrale Vorstellung der Begriffe. In vielen Fällen ist auch eine ökologische Parteinahme zu finden. Man erfährt eben viel mehr, als aus einem Lexikon möglich ist. Wer sich aktiv in die Klimadebatte einbringen will, der muss dieses Buch gelesen haben.

Sybille Bauriedl (Hrsg.): Wörterbuch Klimadebatte. 2016. Print-ISBN 978-3-8376-3238-5, PDF-ISBN 978-3-8394-3238-9, 326 Seiten, 29,99 €



Politisches Framing

Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht

Rezension von Götz Brandt

Frau Dr. Elisabeth Wehling arbeitet auf den Gebieten der politischen Werte-, Sprach- und Erkenntnisforschung an der University of California. Nunmehr liegt ein Buch vor, das sie speziell auf deutsche Verhältnisse zugeschnitten hat.

Vorangestellt ist eine Einführung in die kognitive Wissenschaft der Frames. Frames sind Worte und Begriffe, die als Rahmen dienen für ein bestimmtes Denken und Empfinden. Sie sind gedankliche Deutungsrahmen. Frames bewerten und interpretieren und leiten unser Denken und Handeln an,



ohne dass wir es merken. Sind Frames erst einmal in unseren Köpfen aktiviert, dann bestimmen sie, mit welcher Leichtigkeit Informationen von uns aufgenommen werden. Ein Beispiel: „Wenn Sie das Wort „langsam“ lesen, verlangsamen sich automatisch Ihre Bewegungen. Wenn Sie über „gestern“ reden, lehnen

Sie sich zurück. Wenn Sie von „Höflichkeit“ lesen, agieren Sie höflicher. Das alles fällt Ihnen nicht weiter auf“. Das wurde aber in zahlreichen Versuchen bewiesen.

Auch in der politischen Debatte ist jedes Wort in einen sinngebenden Frame (Rahmen) eingebettet. Menschen treffen nämlich nicht auf Grund von Fakten ihre sozialen, ökonomischen und politischen Entscheidungen, sondern auf Grund von sinngebenden Frames. Frames haben einen selektiven Charakter. Sie heben bestimmte Dinge hervor und blenden andere aus. Der Bürger sollte wissen, dass kein Frame eine „objektive“ und „allumfassende“ Abbildung politischer Fakten und ihrer Deutung darstellt. Man wird also als Bürger irreführt, verschaukelt, in eine bestimmte Richtung gelenkt. Diejenigen Frames, die durch die Medien und die Politik zuerst gesetzt werden, dominieren allgemein das Denken aller Bürger. In Versuchen wurde festgestellt, dass uns nur 2 % unseres Denkens bewusst sind. Auch wurde festgestellt, dass Menschen mit um-

fassenden politischen Kenntnissen anfälliger für Frames sind als Menschen, die wenig über Politik nachdenken. Es hat keinen Sinn, in der politischen Diskussion einen Frame zu negieren, er wird dadurch nur aktiviert, weil man sich gedanklich auf ihn einlässt. Man muss also immer die eigene politische Weltsicht darlegen und nicht auf die Gedanken und Wortschöpfungen (Frames) des politischen Gegners eingehen. Man darf, zum Beispiel als Ökologe nicht vom Frame „Kimawandel“ reden, sondern vom Frame „Erderhitzung“ oder „Selbstverbrennung“ (Schellnhuber). „Politische Gruppierungen, die es nicht schaffen, ihre eigene moralische Weltsicht zu verdeutlichen, ziehen sich gleichsam selber den Boden unter den Füßen weg, bis hin zum Verlust ihrer Existenzberechtigung“. Auch die Ökologische Plattform muss sich ihre Frames erarbeiten und daran kollektiv festhalten, um politischen Einfluss zu gewinnen. Da politische Ideen immer abstrakt sind, müssen geeignete Metaphern (bildliche Ausdrücke) gefunden werden, über die man kommunizieren kann. Wenn wir zum Beispiel die Worte „dreckig“ oder „schmutzig“ hören, dann simuliert unser Gehirn einen physischen Ekel. Wir sollten also nicht von „fossilen Energieträgern“ sprechen, sondern vom Frame der „dreckigen und schmutzigen Energieträger“. Das löst sofort eine negative Einstellung aus.

Dr. Wehling untersucht in ihrem Buch die in der politischen Debatte in Deutschland vorherrschenden Themen: Steuern, Staat und Gesellschaft, Sozialeleistungen, Arbeit, Abtreibung, Zuwanderung, Islamfeindlichkeit, Terrorismus und nicht zuletzt Umwelt.

Über Frames auf dem Gebiet der Umwelt soll hier näher berichtet werden. Der Frame „Klimawandel“ suggeriert, dass das Klima eben etwas wärmer wird, was ja angenehm ist. Wärme ist ein positiv besetztes Konzept. Der Begriff „Wandel“ ist neutral, es kann sich zum Besseren oder zum Schlechteren wandeln, es ändert sich eben. Es wird nicht einmal von „Klimaverschlechterung“ gesprochen. Wir müssen den „Klimaschutz“ vortreiben und die „Klimaschutzziele“ erreichen, wird uns von der Regierung versprochen. Aber

eigentlich geht es ja um „Menschenschutz“ oder „Erdschutz“. Wenn wir Käufer vor schädlichen Produkten schützen wollen, sprechen wir ja auch von „Verbraucherschutz“. „Das Konzept der „globalen Erwärmung“ ist also durch und durch ungeeignet, den zu erwartenden Temperaturanstieg und die daraus entstehenden Gefahren und Handlungsnotwendigkeiten darzustellen“. Wir müssen als Ökologen immer von „Klimaerhitzung“ sprechen.

Dr. Wehling untersucht auch die Begriffe der „Umweltverschmutzung“ und „erneuerbare Ener-

gien“. Sie macht auch bei diesen Begriffen klar, dass wir auf den Holzweg geführt werden und diese Begriffe die Situation falsch interpretieren. Dieses Buch muss jeder Politiker lesen. Auch jeder Mensch, der andere Menschen politisch beeinflussen will, sollte dieses Buch lesen. Die Ökologische Plattform muss sich ihre eigenen Frames erarbeiten.

Elisabeth Wehling: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht. 2016. ISBN 978-3-86962-208-8, 21 €, eBook (PDF) 17,99 €

Kritische Metalle in der Großen Transformation

Rezension von Werner Rätz



Die Energiewende ist seit einigen Jahren, in Deutschland zumindest, in aller Munde. Nicht mehr nur Grüne, Alternative und Ökos diskutieren darüber, sie ist längst

Mainstream bis weit in die Stromkonzerne hinein. Dass sie, soll man das Reden darüber denn ernst nehmen können, einige Voraussetzungen hat, die meist nicht angesprochen werden, ist im kritischen Teil der Öffentlichkeit ebenfalls seit langem bekannt.

Das hier zu besprechende Buch beleuchtet eine der entscheidendsten dieser Voraussetzungen umfassend und von allen Seiten. Es geht darum, dass auch eine Energieversorgung, die komplett aus Erneuerbaren bestehen würde, auf eine materielle Infrastruktur angewiesen ist. Dieses „materiell“ ist durchaus wörtlich zu verstehen, es bedarf der Verfügbarkeit sehr bestimmter Materialien in bestimmter Qualität und bestimmter Menge. Das Wort „kritisch“ aus dem Buchtitel übersetzt Jörg Schindler im letzten Beitrag so: „Die Stoffwende ist eine notwendige Voraussetzung für eine Energiewende.“ (S. 330) „Kritisch“ wären somit diejenigen Metalle, die für eine Stoffwende je nach Betrachtung unverzichtbar, schwer zugänglich oder objektiv knapp sind.

In 16 Artikeln diskutieren insgesamt 27 Autorinnen und Autoren das Thema gründlich und von sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten her. Sie alle sind kritische Geister, aber offenkundig war

das Kriterium, nach dem die SchreiberInnen ausgewählt wurden, ein fachliches und kein politisches. Das Politik- und Gesellschaftsverständnis in manchen Texten löst bei einem gestandenen Linken wie mir ein leichtes Fremdeln aus, aber in Bezug auf die Ernsthaftigkeit, mit der der jeweiligen Frage nachgegangen wird, sind sie für mich als fachlichen Laien alle überzeugend.

Dennoch ist das Buch kein unpolitisches. Auch das deutet wiederum schon der Titel an, indem er von der „Großen Transformation“ spricht. Dabei handelt es sich um eine Einschätzung und ein Konzept gleichzeitig. Es geht einerseits darum, dass die notwendigen Metalle für die Energiewende physisch vorhanden und tatsächlich nutzbar sein müssen. Das hat objektive Grenzen in vielerlei Hinsicht. Wie viel Vorräte gibt es jeweils in der Erdkruste? Wie sind die Förderbedingungen? Wie funktioniert das Recycling, technologisch-grundsätzlich und tatsächlich? Diese Fragen werden sowohl allgemein wie für einzelne Metalle beispielhaft auch im Detail diskutiert und dargestellt.

Klaus Kümmerer erläutert die „Grundkategorien zum Verständnis der Verfügbarkeit metallischer Rohstoffe“, nämlich „Konzentration, Funktionalität und Dissipation“ (S. 53-86) Themenfremde LeserInnen mögen sich unter den ersten beiden Begriffen etwas vorstellen können, Dissipation dürfte den meisten von ihnen fremd sein und auch mein Rechtschreibprogramm kennt es nicht und markiert es als Fehler. Dabei handelt es sich um einen entscheidenden Vorgang, und sein völliges Fehlen in der öffentlichen Debatte weist auf

eine zentrale politische Leerstelle. Es geht darum, dass ein Teil der in einem Produkt verwandten Metalle mit dem Gebrauch des Produkts endgültig aus der möglichen Nutzung verschwindet. Dies würde auch dann geschehen, wenn alles Recyclebare tatsächlich wiedergewonnen würde, weil die Art der Verwendung in Legierungen, Abnutzung beim Fungieren des Produkts und Verluste bei der Entsorgung zur kontinuierlichen Verringerung der Mengen führen. In einigen weiteren Artikeln wird dieses Phänomen genau untersucht und für einzelne Stoffe dargestellt. In Bezug auf die Metalle kann es keine umfassende Kreislaufwirtschaft geben. Eine Stoffentropie, also der Verlust von Material, ist unvermeidlich und muss in die Konzeption der „Großen Transformation“ einbezogen werden. Martin Held und Armin Reller: „Die Nutzung von Metallen ist dann nachhaltig, wenn die Metalle im Stoffkreislauf bleiben; denn sie werden ja nicht verbraucht, sondern gebraucht. In der technischen Realität kann diese Grundforderung praktisch nie vollständig erfüllt werden.“ (S. 130)

Welche Anforderungen an eine nachhaltige Politik sich aus diesen Bedingungen ergeben und welche Politiken gegenwärtig tatsächlich diesbezüglich betrieben werden, wird in einer weiteren Serie von Artikeln untersucht. Insbesondere die Frage nach alternativen geopolitischen Möglichkeiten (Lutz Mez und Beehroz Abdolvand S. 141-160) ist dabei bedeutsam, sind doch Versuche der Rohstoffsicherung, nicht zuletzt militärischer Art, eine Konstante aktueller Machtentfaltung. Dennoch wird mir immer absolut rätselhaft bleiben, wie der „globale Norden“ „staatliche Initiativen“ entfalten kann (S. 141), wenn der Begriff doch genau darauf hinweist, dass Reichtum („Norden“) und Armut („Süden“) eben nicht nach Ländern und Regionen verteilt sind, sondern nach Klassen und Bevölkerungsgruppen, Armut also auch im Norden und Reichtum auch im Süden, deshalb eben global, vorkommen.

Ein dritter Teil beschäftigt sich mit „Technologie-metalle(n), Produkte(n) und Märkte(n)“. Bedarf und Knappheiten werden ebenso erörtert wie der aktuelle Stand bezüglich Recyclingmöglichkeiten. Interessant ist der Artikel über das Beispiel „Fairphone“ (Joshena Dießenbacher und Armin Reller S. 269-292), zeigt er doch nicht nur die Möglich-

keiten, sondern sehr deutlich auch die Begrenztheiten des Versuchs, in einer auf fossiler Energie beruhenden kapitalistischen Ökonomie nachhaltige Hightechprodukte herzustellen. „Zum aktuellen Zeitpunkt ist eine Bewertung der Fairphone-Anstrengungen in Richtung Fairness und Nachhaltigkeit weder möglich noch sinnvoll... So setzt allein der Name Fair phone, der aus dem Kontext einer Kampagne stammt, das Unternehmen einem sehr hohen Erwartungsdruck aus. ‚Für ein wirklich faires Gerät müsste man die ganze Welt verändern‘, sagt Bas van Abel (der Gründer der Firma Fairphone – WR) zu Recht.“ (S. 287)

Was andererseits also neben der notwendigen physischen Verfügbarkeit der Metalle für die „Große Transformation“ erforderlich ist, ihre politische Dimension also, entfalten Andreas Exner, Christian Lauk und Werner Zittel (S. 295-316). Indem sie die Große Transformation als umfassendes, langfristiges Konzept darstellen, lösen sie auch das Rätsel um den Anspruch auf, der sich im Großbuchstaben des Adjektivs ausdrückt. Dabei gehen sie „nicht von der Annahme ‚Eine Welt‘ aus, sondern nehmen die vielfältigen Spaltungen und sozialen Ungleichheiten in den Blick, gerade auch, was die unmittelbaren, höchst ungleich verteilten Konsequenzen von Grenzen der Metallversorgung und die ebenso ungleich in Erscheinung tretenden Herausforderungen der kombinierten Stoff- und Energiewende betrifft. ‚Eine Welt‘ ist erst zu schaffen.“ (S. 295) Aus der im Buch vorgelegten Analyse leiten sie „Regulierungserfordernisse ab“, die sie „in der *Perspektive einer globalen Rohstoffgleichheit im Hinblick auf Metalle* (kursiv im Original – WR) zusammenfassen wollen. Diese Perspektive umfasst vier Aspekte:

1. die Absenkung der Metallextraktion aus sozialen und ökologischen Gründen:
2. die Koordination von Metallströmen:
3. die schrittweise Aufhebung historischer Ungleichheiten der Festlegung von Metallen in Beständen sowie
4. die Erhöhung der Extraktionseinnahmen der Armen an der Peripherie.“ (S. 302f)

Nach einem Blick auf gegen die unbegrenzte Extraktion von Metallen gerichteten gegenwärtigen und zu erwartenden „soziale[n] Kämpfe und ihre Rolle in der Veränderung wirtschaftlicher und

staatlicher Strukturen“ (S. 304) stellen sie fest: „Es ist offensichtlich, dass ein (fast) ausschließliches Recyclingssystem zur Gewinnung von Metallen kein Wachstum des gesamtgesellschaftlich verfügbaren Bestandes mehr erlaubt. Metalle, die physisch investiert werden sollen, weil sie für neue Verwendungen gebraucht werden, müssen dann zuerst einer anderen Verwendung oder dem Abfall entzogen werden.“ (S. 307) Man kann die Dramatik dieses Satzes gar nicht genug betonen. Energiewende wird ohne völlig neue Verteilung des stofflichen Reichtums auf der Welt nicht möglich sein, nichts anderes heißt das.

Das Buch arbeitet diese Schlussfolgerung detailliert und nachvollziehbar heraus. Es schlägt da-

bei nie schrille Töne an, sondern argumentiert sachlich, genau und fachkompetent. Einige seiner Texte eignen sich zum immer wieder Nachschlagen von fachlichen Details, haben aber alle auch eine Funktion in der politischen Argumentation des Ganzen. Alle regen an zum Weiterlesen an anderer Stelle, sie sind eine Aufforderung zum Eingreifen in die politischen Geschehnisse und dort eine wichtige Argumentationsgrundlage.

Andreas Exner, Martin Held, Klaus Kümmerer (Hrsg.):

Kritische Metalle in der Großen Transformation
Springer Spektrum Berlin Heidelberg 2016; 342
Seiten, 39,90 Euro; ISBN 978-3-662-44838-0;
ISBN 978-3-662-44839-7 (eBook)

Impressum

Herausgeber: Sprecherrat der Ökologischen Plattform ISSN 2195-027X

Redaktion: tarantel@oekologische-plattform.de (ausschließlich für Veröffentlichungen)

Kontakt: Ökologische Plattform bei der Partei DIE LINKE ; Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin

E-Mail: oekoplattform@die-linke.de Internet: www.oekologische-plattform.de

Die ÖPF ist ein anerkannter Zusammenschluss DER LINKEN und arbeitet als bundesweite Arbeitsgemeinschaft. Redaktionsschluss: 15.5.2016. Beiträge, Leserbriefe, Buchempfehlungen bitte möglichst in abdruckbarer Form per E-Mail einsenden. Ein Anspruch auf Rückgabe unverlangt eingesandter Beiträge in Papierform wird ausgeschlossen. Über eine Veröffentlichung entscheidet der Sprecherrat. Veröffentlichte Beiträge, auch einzelner Autoren der Ökologischen Plattform, spiegeln nicht in jedem Fall die Auffassung der Ökologischen Plattform als Ganzes wider. Beiträge ohne weitere Quellenangabe stammen von den Autoren, Beiträge ohne Autorenangaben in der Rubrik IN EIGENER SACHE von der Redaktion. Geplanter Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15.8.2016. Elektronische Fassungen dieser und älterer Ausgaben sind unter www.oekologische-plattform.de bzw. www.die-linke.de verfügbar.

Bestellung/Adressänderung: kontakt@oekologische-plattform.de Spenden für die „Tarantel“ und ÖPF: Partei DIE LINKE; IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00; BIC: BEVODEBB; Verwendungszweck: Ökologische Plattform – Spende Tarantel

Autoren: Manfred Wolf, Gesine Franke, Johanna Schringer-Wright, Hartmut Noak, Wolfgang Borchardt, Wolfgang Penzholz, Eva Lehmann-Lilienthal, Götz Brandt sind Mitglieder der Ökologischen Plattform bzw. ihres SprecherInnenrates.

Rebekka Schwarzbach ist im Nuclear Heritage Network aktiv.

Kathrin Kagelmann ist Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Görlitz.

Malte Daniljuk arbeitete als Fellow für Energiepolitik und Geostrategie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im April veröffentlichte er die Studie "Globale Umordnung" zum Einfluss der Energiepolitik auf die politische Neuordnung im Umfeld der Europäischen Union. Seit Dezember 2015 ist er Redakteur bei RT Deutsch.

Katja Kipping, MdB, ist Vorsitzende DER LINKEN.

Werner Rätz ist unter anderem engagiert bei der Informationsstelle Lateinamerika in Bonn und vertritt diese im Koordinierungskreis von attac Deutschland.

Bildnachweis

Titelbild: Le Penseur von Daniel Stockman, CC BY-SA 2.0; bearbeitet: W. Borchardt

Parteitag, aufgenommen von Mike Wright

Stephan Krull, aufgenommen von Wolfgang Borchardt

Graureiher von Helmar Mautsch

Karte: Gebiete mit Schiefergaspotenzialen in Deutschland, von Maximilian Dörrbecker nach Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe: Abschätzung des Erdgaspotenzials aus dichten Tongesteinen (Schiefergas) in Deutschland (CC BY-SA 2.5)

The Shimelba Refugee Camp in Northern Ethiopia in 2008 von John Lavall (CC BY-SA 3.0)

Neuaufnahmen, Veränderungen, Ergänzungen bei Adressen/ Abonnement der Tarantel bitte über kontakt@oekologische-plattform.de oder http://www.oekologische-plattform.de

Bundesebene

Kleine Alexanderstr.28, 10178 Berlin, www.oekologische-plattform.de oder oekoplattform@die-linke.de

Manfred Wolf, 030 2411127, manfredwolfberlin@gmx.de

Petra Beck, pcbe@gmx.net

Götz Brandt, Prof.Goetz.Brandt@t-online.de

Mailverteiler (Newsletter): Anmeldung unter www.oekologische-plattform.de

BAG Umwelt-Energie-Verkehr

Thomas Scherzberg, Walter-Oertel-Str. 32, 09112, Chemnitz, ts_09112@web.de

Bundestag

Eva Bulling-Schröter (Sprecherin für Energie und Klimaschutz), Tel. 030_22772485, Fax 030_22776485, eva.bulling-schroeter.@bundestag.de

Ralph Lenkert (umweltpolitischer Sprecher), Tel.

030_22772636, Fax 030_227-76638,

ralph.lenkert@bundestag.de

Landesebene

Baden-Württemberg

Wolfgang Kämmerer, Stroberg 36, 70180 Stuttgart, mail@wolfgangkaemmerer.de

Bayern

LAG Umwelt, Bahnhofstraße 5, 85051 Ingolstadt, Tel. 0841 3796284, eva.bulling-schroeter@wk.bundestag.de

Marianne Selke, marianne-selke@t-online.de

Berlin

Marion Platta (MdA, Umwelt), Niederkirchnerstr. 5, 10111 Berlin, Tel. 030 23252550, platta@linksfraktion-berlin.de

Brandenburg

Norbert Wilke Großbeerenstr. 7 14482 Potsdam, 01520_2875749 norbert.wilke@dielinke-brandenburg.de (LAG Umwelt)

Bremen

Helmut Kersting, Helmut Kersting@die-linke-bremen.de

Hamburg

Gilbert Siegler, Braamwisch 41, 22175 Hamburg, g.siegler@web.de (AG Umwelt, Energie, Verkehr)

Hessen

Hajo Zeller, DIE LINKE.KV Marburg-Biedenkopf, Bahnhofstr. 6, 35037 Marburg, hajo.zeller@die-linke-marburg.de, Tel. 06421163873

Marjana Schott (MdL, Umwelt- und Landwirtschaftspolitik), Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, m.schott@ltg.hessen.de

Mecklenburg-Vorpommern

Dr. Mignon Schwenke (MdL, Sprecherin für Energie-, Verkehr- und Umweltpolitik), Lennestr. 1, 19053 Schwerin, m.schwenke@dielinke.landtag-mv.de Tel.09385 5252531

Ute Spriewald (LAG Nachhaltige Entwicklung) info@die-linke-mv.de

Niedersachsen

Karsten Färber (LAG ÖPF), Karsten.farber@kabelmail.de
Heinz Preuß (Koordinierungsrat ÖPF), Sedanstr.6, 31787 Hameln, Tel. 05151_409481, Hpborusso@aol.com

Nordrhein-Westfalen

Ralf Henrichs, Hohenzollernring 99, 48145 Münster, Tel._0151_18479447, ralfhenrichs@gmx.de

Rheinland-Pfalz

Marion Morassi, Walporzheimer Str. 5, 53474 Ahrweiler, marion-morassi@t-online.de

Wolfgang Huste, whuste@aol.com (LAG ÖPF RP)

Saarland

Dagmar Ensch-Engel (MdL, umwelt-, energie-, sport-, verkehr- und wohnungsbaupolitische Sprecherin) Franz-Josef-Röder-Straße 7, 66119 Saarbrücken, dagmar.ensch-engel@dielinke-saar.de

Sachsen

Sabine Kunze, Jahnstr. 1, 02929 Rothenburg, Tel. 035891 35290, an-sa-kunze@t-online.de

Michael-Alexander Lauter, Schrammsteinstr. 9, 04207 Leipzig, Tel. 0341 9424882, micha.lauter@web.de; (ADELE – ÖPF SA)

Marco Böhme, MdL,

marco.boehme@linksjugend-sachsen.de

Dr. Jana Pinka (MdL, Umwelt- und Technologiepolitik),

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,

jana.pinka@slt.sachsen.de

Sachsen-Anhalt

Frigga Schlüter-Gerboth, Ernst-Haeckel-Str. 5, 06122 Halle, Tel. 0345 29418-63, (AG Umwelt)

Angelika Hunger (MdL, Verbraucherschutz, Energiepolitik), Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg,

angelika.hunger@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Andre Lüderitz (MdL, Umweltpolitik), Domplatz 6-9, 39104

Magdeburg, andre.luederitz@dielinke.lt.sachsen-anhalt.de

Frank Roßband, frank.rossband@web.de

Schleswig-Holstein

Bernd Friedrich, friedrich_bernd@t-online.de, Augrund 7, 24321 Lütjenburg

Hans-Jürgen Schulze, hajue.schulze@googlemail.com,

Öhlmüllentallee 1, 24306 Plön

Thüringen

Dr. Johanna Scheringer-Wright (Sprecherin ÖPF Thüringen, MdL, Agrar- und Regionalpolitik), johanna@scheringer.de,

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt, Tel. 0151 1172 3000

Maik Eisfeld maik_eisfeld65@yahoo.de

Tilo Kummer (MdL, umweltpolitischer Sprecher),

Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt, Tel. 0361 3772317,

kummer@die-linke-thl.de

linke und ökologische Medien

Neues Deutschland: Uwe Kalbe, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, politik@nd-online.de

Der Rabe Ralf, Umweltzeitung für Berlin und Brandenburg, Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin.

Tel. 030_44339147, www.grueneliga-berlin.de/raberaf

Tarantel

Nr. 73

Juni
II/2016

Zeitschrift der Ökologischen Plattform
bei der Partei

DIE LINKE.

Inhaltverzeichnis

Editorial	2
In eigener Sache	
Zur Arbeit der Plattform seit dem Bundestreffen 2015 in Wittenberg	3
Bericht vom Bundesparteitag 2016	4
Aus den Ländern	
Leila – was soll das denn?	5
Gesellschaftsperspektive / Theorie	
Gespräch am Rande des Parteitages	5
Warum eine Diskussion über das Ökologische Grundeinkommen notwendig ist	8
Warum lehnen Marxisten Jeremy Rifkins Theorien ab, und warum sind sie damit im Irrtum ?	9
International	
Neoimperialismus unter dem Deckmantel sogenannter Entwicklungshilfe	11
Energie	
ENDE GELÄNDE! - Tausende Aktivist*innen legen Tagebau still	14
Eine durchsichtige Scharade	16
Ein Wochenende – verschiedene Sichten: Bestimmt das Sein das Bewusstsein?	18
Zukunft der Energieversorgung: „Europa ist selbst schuld, wenn es die Entwicklung verschläft“	19
Gedicht	
Der Moloch	24
Klima	
Fluchtursache der Zukunft: Klimawandel	25
Bücherecke	
Monsieur le Capital und Madame la Terre. Blauer Planet im Würgegriff	29
Wörterbuch Klimadebatte	30
Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht	31
Kritische Metalle in der Großen Transformation	32
Impressum	34
Kontaktadressen	35